

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 420.

Bezugspreis: Vierteljährlich einfl. Zustellung 2,25 Mk., monatl. 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Verkaufsstellen vierteljährlich 2 Mk., monatl. 70 Pf. Bei den Postämtern 2,25 Mk. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühren: die gewöhnliche Kolonnenzeile 15 Pf., Inserate von auswärts 25 Pf., im Restamest. Seite 1 Mk. Postgebühren: Nr. 5258 Berlin. — Etwaiger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 69.

Magdeburg, Dienstag den 23. März 1915.

26. Jahrgang.

Der Kriegsetat bewilligt.

In der Sitzung des Reichstags vom 20. März ist der Kriegsetat 1915 von sämtlichen Parteien bewilligt worden, das Haus hat sich dann bis zum 18. Mai vertagt. Ueber die Gründe, die auch die sozialdemokratische Fraktion veranlaßten, unter den augenblicklichen außerordentlichen Umständen dem Etat ihre Zustimmung zu erteilen, geben die Erklärungen ihrer Redner hinreichend Auskunft. Die Abstimmung der Fraktion entspricht ihrer am 4. August und am 2. Dezember v. J. eingenommenen Haltung.

Zwei sozialdemokratische Abgeordnete allerdings haben die Verpflichtung zur einheitlichen Stimmabgabe, die ihnen durch Partei- und Fraktionsbeschlüsse auferlegt worden ist, in den Wind geschlagen und haben demonstrativ gegen ihre Fraktionskollegen votiert. Es sind dies die Genossen Liebknecht und Mühlke. Ueber Liebknechts Verhalten wird ein späterer Parteitag zu urteilen haben. Nicht nur über diese Abstimmung, sondern über sein ganzes Auftreten während der Kriegszeit, das darauf hinausläuft, jeder Einflußnahme seiner Partei

Knüppel in den Weg

zu werfen. Ihm hat sich jetzt Genosse Mühlke angeschlossen, der in einem Schreiben an den Fraktionsvorstand seine Haltung — nach dem „Vorwärts“ — folgendermaßen begründet:

Werter Genosse, ich bitte Sie davon Kenntnis zu nehmen, daß ich heute bei der dritten Lesung des Etats in der Schlußabstimmung gegen diesen stimmen werde. Ich erachte die zur Budgetfrage vorliegenden Parteitagebschlüsse als in vollem Umfang zu Recht bestehend und für mich als bindend und bestreite der Fraktion die Kompetenz, diese Beschlüsse zeitweilig außer Kraft zu setzen. Da die Parteitagebschlüsse zu positiver Stellungnahme, also zur Ablehnung des Etats verpflichtet, kann ich mich zu meinem Bedauern nicht dazu verstehen, mich vor der Abstimmung aus dem Sitzungssaal zu entfernen. Ich bitte Sie, diese meine Entscheidung der Fraktion zur Kenntnis zu geben.

Mit Parteigrüß

20. März 1915.

Otto Mühlke.

Die Fraktion hat diese eigenmächtige Handlungsart neuerdings

energisch abgeschüttelt

durch folgende Erklärung, die uns zur Veröffentlichung übergeben wurde:

Die Fraktion hat am 2. Februar 1915 den Beschluß gefaßt, daß die Abstimmungen der Fraktion geschlossen zu erfolgen haben, soweit nicht für den einzelnen Fall die Abstimmung ausdrücklich freigegeben ist. Glaubt ein Fraktionsgenosse an der geschlossenen Abstimmung der Fraktion nicht teilnehmen zu können, so steht ihm das Recht zu, der Abstimmung fernzubleiben, ohne daß dies einen demonstrativen Charakter tragen darf.

Die Fraktion hat am 18. März weiter beschlossen, daß die Abstimmung über das diesmalige Budget geschlossen zu erfolgen habe. Demgemäß verurteilt sie den von den Fraktionsmitgliedern Liebknecht und Mühlke entgegen diesem Beschluß heute erfolgten Disziplinbruch aufs entschiedenste.

Vor der Abstimmung über das Gesamtbudget entfernten sich — wieder nach dem „Vorwärts“ — in Rücksicht auf die vom Genossen Mühlke erwähnten Parteitagebschlüsse folgende Genossen aus dem Saale: Albrecht, Antick, Baudert, Bernstein, Vogt, Brandes, Büchner, Davidsohn, Dittmann, Emmel, Fuchs, Geier, Haase, Henke, Herzfeld, Koch, Hofrichter, Horn, Kunert, Ledebour, Leutert, Peirotes, Raute, Schmidt (Weiß), Schwarz (Lübeck), Simon, Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Zubel.

Daß die Veröffentlichung der Namen dieser absentierenden Genossen übrigens durchaus ihren eignen Absichten und den Parteigezogenheiten widersprechen, wird durch eine energische Zuschrift des Genossen Davidsohn an den „Vorwärts“ bestätigt. Davidsohn sagt u. a.:

Gegen diese Veröffentlichung lege ich schärfste Verwahrung ein. Es ist seit jeher Brauch, von derartigen stillen Protesten weder in den amtlichen Protokollen noch in der Presse Gedächtnis zu machen. Ich bin der Ansicht, daß kein Grund vorliegt, gerade in dieser Zeit von dem alten Brauch abzuweichen.

Von dem Plane der Veröffentlichung im „Vorwärts“ war mir nichts bekannt. Hätten die Kollegen, die diese Veröffentlichung veranlaßten, der Anstandsspflicht genügt, mich in ihren Plan einzubeziehen, so würde ich gegen die Publikation ganz energisch protestiert haben.

Auch über meine Beweggründe, zumal darüber, ob sie mit „Rücksicht auf die vom Genossen Mühlke erwähnten Parteitagebschlüsse“ irgend etwas zu tun haben, hat mich niemand befragt und ich habe niemand Auskunft gegeben.

Die Verurteilung auf die Parteitagebschlüsse über Budgetbewilligung scheint uns durchaus schlüssig. Wenn man sich am 4. August und 2. Dezember nicht auf diese Beschlüsse berief, so liegt am 20. März ebensowenig Grund dazu vor. Es sei denn, daß man sich auf den sehr ansehbaren Standpunkt stellen wollte, die

Kriegskredite von 10 Milliarden

seien noch kein „Budget“ und ihre Bewilligung sei deshalb nicht verboten, wohl aber falle der jetzige Kriegsetat unter den bekannten Begriff und sei deshalb abzulehnen. Solche Unterscheidung ließe auf eine begriffliche Haarspalterei hinaus, die der Größe der gegenwärtigen Situation in keiner Weise entsprechen dürfte. Die bekannten Budgetbeschlüsse sind auf unsern Parteitag schon immer nur gegen große Minderheiten angenommen worden. Aber auf keinem der Kongresse, die sich mit ihnen beschäftigten und allerhand mögliche „Ausnahmefälle“ besprachen, hat man an den gewichtigsten Ausnahmefällen, den Krieg, auch nur gedacht. Und deshalb ist die Verurteilung auf diese Beschlüsse gegenwärtig mehr als anfechtbar.

Nachdem einmal am 4. August durch die Haltung der Fraktion eine bestimmte Richtung eingeschlagen war, mußte diese auch in gerader Linie fortgesetzt werden. Ein Rückkurs wäre für die deutsche Sozialdemokratie besonders gefährlich.

Man kann aber auch annehmen — und das scheint uns näher zu liegen als die Vermutung des „Vorwärts“ —, daß die Minderheit, die den Saal verließ, sich nicht auf den formalistischen Standpunkt stellte, sondern eine wesentlich andre Absicht verfolgte. In dieser Richtung verdienen die folgenden Ausführungen besonderes Interesse, die unser Berliner Mitarbeiter zu der Abstimmung im Reichstag macht:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat durch die Tat bewiesen, daß die hinter ihr stehenden Massen bereit und willens sind, den Krieg als einen

Abwehrkrieg zur Erhaltung des Reiches

zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Ein solches Ende des Krieges wird auch von jener Minderheit der Fraktion gewünscht, die teils schon zu Anfang des Krieges eine andre Haltung für richtig hielt, teils erst diesmal meinte, daß eine Aenderung im Verhalten der Fraktion angebracht sei. Das stärkste Argument dieser Minderheit war zweifellos, daß die Ablehnung des Kriegsetats als eine Friedensdemonstration wirken und gleiche Strömungen in der Arbeiterklasse der feindlichen Staaten auslösen, in ihrem Endergebnis also eine Abkürzung des Krieges herbeiführen würde. Diesem Argument wird kein Sozialdemokrat die ernste Prüfung verweigern. Voraussetzung für die Anwendung jenes Mittels war aber, daß es wirksam sei, und daß es nicht Wirkungen hervorbringe, die das Gegenteil der beabsichtigten sind. Und da überwog die Meinung weitens, daß die Rückwirkung einer negativen Abstimmung auf die Friedensströmungen in den feindlichen Ländern gering sein würde, daß aber die Regierungen der feindlichen Staaten eine solche Abstimmung in skrupelloser Weise zu Zwecken ihrer eignen Kriegführung ausgenutzt hätten. Sie hätten daraus auf die Uneinigkeit des deutschen Volkes geschlossen, ja sie hätten sich — wie Beispiele beweisen — nicht gescheut, die Abstimmung so auszulegen, als ob ein großer Teil des deutschen Volkes an der Erhaltung des Reiches kein Interesse zeige und als ob ihr Sieg damit gesichert sei.

Eine solche

Ermutigung der Gegner

zu verhindern, die tatsächlich zu einer Verlängerung des Krieges geführt hätte, erschien nach dieser Auffassung erste Pflicht.

Es sind nunmehr, mit Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion, nicht weniger als 20 Milliarden für die Kriegführung bewilligt. Die Summe reicht, wie wir alle zuversichtlich annehmen, weiter als der Krieg dauern wird. Nach menschlichem Ermessen wird die Frage der Kriegs-

creditbewilligung an die sozialdemokratische Fraktion nicht wieder herantreten, sie ist entschieden, und die Entscheidung gehört als abgeschlossene Tatsache der Geschichte an.

Das Bewußtsein, daß diese Angelegenheit, die kleinere Zirkel der Partei so heftig erregte, nunmehr der Vergangenheit angehört, macht künftige Auseinandersetzungen in der Partei nicht überflüssig, es kann sie aber wesentlich erleichtern und ruhiger gestalten. Ueber Dinge, die gewesen sind, tauscht man unter verständigen Politikern seine Meinung aus, nur über das, was in Zukunft sein soll, kämpft man mit Leidenschaft und voller Kraft. Die Arbeiterklasse braucht für eine nahe, entscheidungsreiche Zukunft auf alle Fälle eine

starke und geschlossene Partei,

die allen kommenden Ereignissen gegenüber ihre Aktionskraft bewahrt. Diese Aktionskraft zu erhalten und zu steigern, muß unser aller Aufgabe sein: alles, was geeignet ist, sie in entscheidenden Augenblicken zu schwächen, ist eine Gefahr. All unser Denken muß sich darauf konzentrieren, wie unter den gegebenen Umständen auf Grund der gegebenen geschichtlichen Tatsachen die Politik der deutschen Arbeiterklasse weiterzuführen ist. Hier hat selbstverständlich ein jeder das Recht und die Pflicht mitzuarbeiten, gleichgültig wie seine Stellung in einer der Vergangenheit angehörenden Frage gewesen sein mag.

Die Erregung, die durch die Vorgänge der letzten Reichstagsitzung hervorgerufen worden ist, wird auch im innern Parteileben noch eine Weile ihre Wellen werfen. Es ist bitter, in einer Frage, die für die ganze Zukunft von ungeheurer Bedeutung ist, in der Minderheit geblieben zu sein; jeder, der selbst mit seinem Herzen an der gemeinsamen Sache hängt, wird dieses Gefühl begreifen und achten. Aber dieses begreifliche und achtenswerte Gefühl gibt niemand das Recht, sich zu Handlungen hinreißen zu lassen, die der

Einheit der Partei gefährlich

werden könnten. Ob solche Handlungen in der Vergangenheit begangen worden sind, darüber wird man bald den Schleier des Vergessens breiten dürfen. Aber für die Zukunft müssen sie vermieden werden!

Auf der andern Seite ist auch der Mehrheit die Möglichkeit gegeben, der Minderheit im Geiste der Persönlichkeit zu begegnen. Wir geben nichts auf das Gefährt der Gegner, die diese Minderheit „vaterlandslos“ schelten. Gerade derjenige sozialdemokratische Abgeordnete, der in der letzten Sitzung den Gegnern Anlaß zu lebhaftesten Ausbrüchen der Entrüstung gab und dessen Verhalten auch in der sozialdemokratischen Fraktion Bedenken erregte, weil es mit getroffenen Vereinbarungen nicht übereinstimmte — gerade Genosse Ledebour hat sich in eben derselben Sitzung als „deutscher Patriot“ bekannt, und es ist kein Geheimnis, daß auch er so lebhaft wie nur irgendein anderer eine rasche Beendigung des Krieges zugunsten Deutschlands herbeiwünscht. Niemand hat ein Recht, an der Aufrichtigkeit seiner Erklärung zu zweifeln. Und was von ihm gilt, gilt auch von den andern sozialdemokratischen Abgeordneten, die sich innerhalb der Fraktion in der Minderheit befanden. Damit ist die sichere Grundlage gegeben, auf der sich über die Richtigkeit des Verhaltens der Fraktion sachlich debattieren läßt und von der aus die künftigen Grundlinien der sozialdemokratischen Politik gezogen werden können.

Die Mehrheit der Fraktion hat sich in ihrer Haltung ausdagehend von der Pflicht der nationalen Selbsterhaltung bestimmen lassen, die auch von der Minderheit anerkannt wird. Die Mehrheit will damit eine Politik, die

den alten Zielen

der sozialdemokratischen Partei zustrebt, nicht aufgeben, sondern sie nach bestem Wissen und Gewissen erst recht fördern. In der Gestaltung des Verhältnisses der Völker zueinander, in der Neuorientierung der innern Politik nach dem Krieg eröffnen sich ungeheure Aufgaben, die im Geiste internationaler Gerechtigkeit, im Sinne der Demokratie und des Sozialismus zu lösen, unser aller gemeinsames Bestreben ist. Eine Partei, die sich ihrer großen Pflicht gegenüber dem deutschen Volk und der ganzen Welt bewußt ist, wird nicht im Streit über unabänderliche Tatsachen ihre Kraft verenden. Vorwärts richtet sie den Blick! —

Unser Brotverbrauch.

Als Ende Januar eine Regelung des Brot- und Mehlverbrauchs der Bevölkerung durch das Reich für eine nahe Zukunft vorzuzusehen war, unternahm es das Statistische Amt der Stadt Mannheim im Auftrage des Oberbürgermeisters, eine Erhebung über den örtlichen Konsum in diesen Artikeln nach Menge und Zusammenfassung zu veranstalten. Wenn auch die von dem Direktor des Amtes, Dr. Siegmund Schott, bearbeiteten Ergebnisse der Erhebung, die in diesen Tagen veröffentlicht wurden, bei der ersten staatlichen Regelung der Brotfrage naturgemäß nicht berücksichtigt werden konnten, so können sie doch keineswegs zu spät. Können sie doch als Fingerzeig dafür dienen, in welcher Weise durch eine solche Festsetzung der Brotverbrauch der Bevölkerung überhaupt und wiederum der einzelnen Schichten innerhalb dieser Bevölkerung beeinflusst wird, und so zur Vermeidung von Härten beitragen.

Die Erhebung bestand in zwei Umfragen. Die eine davon richtete sich an sämtliche Bäckereien, Konditoreien und Brotfabriken der Stadt, deren Weizen- und Roggenmehlverbrauch in der Woche vom 28. Januar bis 3. Februar erfragt wurde. Sie wurde im wesentlichen zur Kontrollierung der Ergebnisse der zweiten Umfrage benützt, die an einige hundert ausgewählte Familien gerichtet wurde. Diese Familien wurden gebeten, während der betreffenden 7 Wochentage genau die verbrauchten Mengen an Mehl, Brot, Brötchen, Teigwaren, Kuchen und sonstigen Feingebäck festzustellen und mitzuteilen. Es haben sich an der Beantwortung dieser Umfrage 436 Familien beteiligt, von denen 416 mit 2164 Köpfen brauchbare Antworten eingekandt haben. Die Familien entstammten den verschiedensten Gesellschaftsschichten; es befanden sich darunter Mitglieder des Bürgerausschusses, in dem alle Einkommensklassen vertreten sind, städtische Beamte und eine große Zahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter. Die Annahme, daß diese Familien also etwa der durchschnittlichen Zusammenfassung der Bevölkerung entsprechen, wird durch eine auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu den einzelnen Wohnlichkeitsklassen angestellte Berechnung bestätigt, die nur eine, praktisch allerdings kaum ins Gewicht fallende etwas stärkere Vertretung der besser situierten Schichten erkennen lassen.

Eine einfache Ausrechnung der Erhebungsergebnisse nach der durchschnittlichen rohen Kopfquote hat nun folgenden Betrag für die Woche ergeben:

Mehl	261,7 Gramm
Brot	1940,7 "
Brötchen	287,6 "
Teigwaren	73,0 "
Kuchen, Feingebäck	19,7 "
zusammen 2582,7 Gramm	

Daneben wurde aber dann noch eine Berechnung nach der bereinigten Kopfquote vorgenommen, bei der Rücksicht auf die schwankende Beteiligung der Familienangehörigen an den Mahlzeiten, auf die Anwesenheit von Wäscherinnen und so weiter genommen und bei der endlich auch Kinder unter 5 Jahren nur als halbe Menschen eingerechnet wurden. Sie ergab folgendes Resultat:

Mehl	270,8 Gramm
Brot	2027,8 "
Brötchen	295,6 "
Teigwaren	76,9 "
Kuchen, Feingebäck	20,0 "
zusammen 2691,1 Gramm	

Dieser durchschnittliche Verbrauch von 2691 Gramm mehthaltigen Nahrungsmitteln entspricht etwa einem Verbrauch an reinem Mehl von 1821 Gramm, zu dem noch zirka 30 Gramm für auswärts verzehrte Backwaren kommen. Der von der Reichsverteilstelle festgelegte Betrag von 225 Gramm Mehl täglich oder 1575 Gramm wöchentlich bedeutet demgegenüber also eine Einschränkung um 15 Prozent, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß Kinder bisher im allgemeinen als voll gerechnet wurden. Die Regelung ist nicht für ganz Deutschland nach einheitlichen Gesichtspunkten erfolgt. Die neuerdings angeordnete Herabsetzung der Tagesration auf 200 Gramm täglich oder 1400 Gramm reines Mehl wöchentlich entspricht dagegen einer Einschränkung um 24 Prozent, also auf drei Viertel des bisherigen Verbrauchs, wenn man einmal annimmt, daß die Mannheimer Verhältnisse typisch für Deutschland wären.

Nun trifft aber diese allgemeine Einschränkung durchaus nicht alle Bevölkerungsschichten gleichmäßig. Was empirisch längst bekannt war, daß nämlich arme Leute mehr Brot essen als reiche, wird durch die vorliegende Erhebung mit aller Geheimgäßigkeit bestätigt. Der Bearbeiter der Erhebung hat aus bestimmten Gründen davon abgesehen, die Familien nach ihrem neuermäßigem Einkommen einzuteilen und hat statt dessen für die Altstadt Mannheim eine Sonderung nach Wohnlichkeitsklassen vorgenommen. Für Mannheim sind bei den

früheren Wohnungszählungen 6 solcher Klassen gebildet worden, von denen Klasse 1/2 unter 1, Klasse 6 über 250 B.-wohner pro Wohnraum aufweist. Die berichtserfassenden Haushaltungen wurden nun gemäß dem Zahlbezirk, in dem sie wohnten, einer dieser Klassen zugewiesen. Dann zeigte sich folgender (gereinigter) Kopfverbrauch pro Woche im Gramm:

Wohnlichkeitsklasse	Mehl	Brot	Brötchen	Teigwaren	Kuchen Feingebäck	reines Mehl
1/2	175	1391	303	69	25,6	1324
3	277	1808	345	66	32,5	1717
4	240	2054	324	74	19,7	1824
5	249	2268	271	81	29,0	1924
6	319	2437	307	101	4,7	2151

Wir sehen, wie vor allem der Brot- und Mehlverbrauch mit abnehmender Wohlhabenheit enorm steigt; er beträgt bei Klasse 6 75 resp. 82 Prozent mehr als bei Klasse 1. Im den Gesamtverbrauch an reinem Mehl ergeben sich, wenn man den Verbrauch von Klasse 1/2 als 100 setzt, für die übrigen Klassen folgende Steigerungen: 3. Klasse 130, 4. Klasse 138, 5. Klasse 146, 6. Klasse 162. Für die arme Klasse bedeutet also die künftige Mehlnormierung eine Einschränkung auf weniger als zwei Drittel des gewohnten Konsums. Dabei würde bei einer Bildung der Klassen nach den tatsächlichen Einkommensverhältnissen das Resultat wahrscheinlich noch schärfer herausgekommen sein, da dort immerhin öfters unbenützte Familien in sonst wohlhabenden Gegenden wohnen und umgekehrt.

Diese Ergebnisse weisen darauf hin, daß, wenn schon einmal eine gewisse Differenzierung bei der Mehlumsetzung stattfinden soll, diese möglichst in der Richtung zu erfolgen hat, daß besonders Bedürftige größere Rationen zu erhalten haben. Ferner muß es bedenklich erscheinen, Kindern nur halbe Brotkarten zuzuteilen, da, je größer der Kinderreichtum in einer Familie, um so beschränkter gewöhnlich die Mittel, um so größer also der allgemeine Brotverbrauch.

Endlich aber zeigt uns diese Statistik die unbedingte Notwendigkeit der Bevölkerung für den ausfallenden Brotverbrauch einen Ersatz in sonstigen billigen Nahrungsmitteln, vor allem in Form von Kartoffeln zu bieten. Die von dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei und der Generalkommission gemachten Vorschläge zur Beilegung der Kartoffelnot sollten von der Regierung schleunigst geprüft und in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

Was der Krieg bringt.

Der Kriegsbericht vom Sonntag.

Die deutsche Oberste Heeresleitung meldete vom 21. März:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südöstlich von Ypern wurde ein englisches Flugzeug heruntergeschossen. Die Insassen wurden gefangen genommen. Zwei französische Versuche, uns die am 16. März eroberte Stellung am Südrand der Loretohöhe wieder zu entreißen, mißglückten.

Auf der Kathedrale von Sissons, welche die Genfer Kreuzflage trug, wurde eine französische Beobachtungsstelle erkannt, unter Feuer genommen und beseitigt.

In der Champagne nördlich von Beau-Séjour trieben unsre Truppen die Sappen erfolgreich vor und hoben mehrere französische Gräben aus; dabei nahmen sie einen Offizier, 299 unermundete Franzosen gefangen.

Die von zwei Alpenjägerbataillonen tapfer verteidigte Kuppenstellung auf dem Reichsackerkopf wurde gestern nachmittags im Sturm genommen; der Feind hatte schwerste Verluste und ließ drei Offiziere, 250 Mann, drei Maschinengewehre und einen Minenwerfer in unsrer Hand. Französische Gegenangriffe wurden abgewiesen.

Am die Antwort auf die Untaten französischer Flieger in der Champagne. In der Schlachtstadt ein- zu getreten, wurden heute nacht auf die Festung Paris und den Eisenbahnknotenpunkt Compiègne durch Luftschiffe einige schwerere Bomben abgeworfen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Oranien und Orzbe wurde ein russischer Angriff abgelehnt, wobei wir zwei Offiziere, 600 Russen zu Gefangenen machten.

Zwei russische Nachtangriffe auf Jednoroszel brachen in unserm Feuer zusammen.

(Jednoroszel liegt östlich von Mlawa, nördlich der neuerdings wiederbesetzten Stadt Przasnysz, Red.)

Hefige Kämpfe in den Karpathen.

Der österreichische Generalstabsbericht vom Sonntag meldet:

In den Karpathen kam es gestern an der Front zwischen dem Ujzoker Paß und dem Sattel von Kouteczna zu heftigen Kämpfen. Schon nachts zum 20. d. M.

versuchten feindliche Abteilungen durch überraschendes Vorgehen einzelne unserer Stützpunkte zu nehmen. Sie wurden überall unter großen Verlusten abgewiesen. In den Morgenstunden wiederholten sich die russischen Angriffe in größerem Umfang; die sich entwickelnden Kämpfe dauerten in einzelnen Abschnitten den ganzen Tag über an. Bis zum Abend waren die gegen unsre Stellungen am San bei Smolnik und Aljopagony vorgegangenen russischen Kräfte zurückgeschlagen. 1070 Mann wurden gefangen.

An den übrigen Fronten hat sich nichts Wesentliches ereignet.

Die Beschießung der Dardanellen.

Die Pariser „Humanité“ schreibt, die Beschießung der Dardanellen habe eine Anzahl ernstere Probleme aufgeworfen, die die öffentliche Meinung Frankreichs aufmerksam betrachten müsse. Die Orientfrage werde in ihren letzten Tiefen berührt. Man müsse sich hüten, die Frage übereilt zu entscheiden. Dies müsse man um so mehr betonen, als ein Teil der französischen Presse, allen voran der „Temps“, zuerst eine Lösung der Meerengenfrage in Erwägung gezogen habe, die auf der Grundlage der Internationalisierung Konstantinopels Rumänien und Bulgarien die notwendigen Voraussetzungen für die Befreiung ihrer Armeen aus dem russischen Sperrfeuer sei. Die Lösung der Internationalisierung endgültig abgelehnt. Gewisse Artikel hätten sogar Drohungen gegen die Balkanstaaten sehr ähnlich gesehen. Man müsse hoffen, daß die Versicherungen jener Presse nicht die Absichten der Alliierten wiedergäben, denn dieses würde den Sinn des Krieges verändern und bewirken, daß die Neutralen mit größerer Unruhe auf die Verhandlungen blickten und gereizter werden würden, von der andern Seite kommende lödende Worte anzuhören. Dies würde bedeuten, daß die Rechte der kleinen Nationalitäten gespart würden. Die Diplomatie müsse offen reden, nicht geheimnisvoll tun und sie müsse klug handeln. Man müsse aber auf dem Rechtsstandpunkt beharren, der bei Kriegsbeginn eingenommen worden sei. Dies sei eine moralische Garantie für den Sieg und habe die traditionelle französische Politik; dessen solle die französische Diplomatie eingedenk sein.

Die Londoner „Morning Post“ schreibt in einem Leitartikel über die Kämpfe in den Dardanellen: Was die verlorenen britischen Schlachtschiffe betrifft, so wird das Publikum freudig empfinden, daß die Mannschaften meist gerettet wurden, obwohl die Verluste zweifellos beträchtlich sind. Die Schiffe wurden alle durch treibende Minen zum Sinken gebracht. Andre Schiffe des Geschwaders wurden aber durch das Feuer der Landbatterien kampfunfähig gemacht. Wir brauchen uns nicht zu verwöhnen, daß die Türken den vereinigten Flotten einen schweren Schlag verfeßt haben. Die drei Schlachtschiffe waren, obwohl nicht modernster Konstruktion, doch recht und wertvoll.

Das russische Bureau meldet aus Zeneos vom 19. März: Sechs russische Schiffe fahren in die Meerenge der Dardanellen ein, aber schlechtes Wetter verhindert das Wiederaufnehmen energischer Operationen. Der Schlachtschiffkreuzer „Indomitable“ ist im russischen Meer eingetroffen.

Vom Unterseekrieg.

Der erste Offizier des torpedierten Dampfers „Blue Jack“ erzählt: „Wir waren seit 26 Stunden mit 8000 Tonnen Reis vom La Plata nach London unterwegs. Am 19. d. M., ungefähr um 1/2 Uhr früh, traf uns von vorn ohne vorherige Warnung ein Torpedo. Die Erschütterung schleuderte uns in die Höhe. Eine Wasserfäule ergoß sich über das Schiff. Ich stieg mit zehn Mann ins Boot und wurde beantragt, auf das nächste Licht zuzurudern, das von einem Fischdampfer aus „Kamsgate“ herrührte. Da feste dichter Nebel und schwere See ein, und wir verloren das Schiff aus den Augen. Wie ich höre, konnte das Schiff jedoch St. Helens Road erreichen.“

Die holländischen Dampfer „Zaantrou“ und „Batavier V“ sind am Freitag beim Feuererschiff „Maas“ von einem deutschen Unterseeboot angehalten und mit den Offizieren nach Seebrügge gebracht worden, während die aus über 50 Mann bestehende Besatzung freigelassen wurde. In der neuen trafen auch belgische Frauen und Kinder ein, die an Bord des „Batavier“ von Rotterdam nach Tilbury unterwegs waren. 16 Belgier sind angeblich als Gefangene zurückgehalten worden. Die „Zaantrou“, die der holländischen Dampfschiffahrt gehört, befand sich mit Eiern und Stückgütern auf der Reise nach London.

„Daily Telegraph“ meldet aus Newcastle: Der Dampfer „Neeswing“ (2000 Tonnen) scheint im Englischen Kanal mit Mann und Maus untergegangen zu sein. Das Schiff war am 2. März von Thue nach Dieppe abgefahren und ist jetzt 5 Tage überfällig. Aufgefundene Wrackstücke und ein treibendes Boot lassen auf Verlust des Dampfers schließen. — Der Dampfer „Aberdeen“, der am 9. März von Seaham-Dafen nach Aberdeen abfuhr, scheint das gleiche Schicksal gehabt zu haben, da Rettungsboote des Dampfers treibend aufgefunden wurden. Das Schiff hatte 15 Mann Besatzung.

Der heftige Sturm, der in der Nacht zum Freitag herrschte, hatte eine ungewöhnlich große Anzahl von Schiffsunfällen an der Küste zur Folge. Das Schiff „Buccaneer“ strandete bei Scotch Sands in der Nähe von Harmouth und konnte nicht flott gemacht werden. Der Schoner „Francis“ ging bei Trevoise Head verloren. Die Besatzung wurde gerettet. „Caecilia“, von London nach Hull unterwegs, ist bei Killing gesunken, die Besatzung wurde gerettet. „Mary Rish“ kenterte in der Nähe des Thue. Der Dampfer „Stebriacht“ (3056 Tonnen), von Rotterdam kommend, lief in der Nähe des Thue auf; man fürchtet, daß das Schiff verloren ist. Leichen von Seeleuten, auf deren Hemden Abreißer aus Schiffsdecken angegeben waren, wurden in Dover gelandet.

In der Champagne.

Wir haben — so lesen wir in einem Selbstpostbrief der „Kölnischen Zeitung“ — seit drei Wochen tagtäglich die heftigsten Gefechte. Die Franzosen greifen mit einer bewundernswerten Energie immer wieder aufs neue an. Es grenzt oft an Wahnsinn Hunderte von Toten jällen oft den Raum zwischen den beiden Drahtverhaue aus. Aber kaum ist einige Ruhe nach einem hitzigen Gefecht eingetreten, so beginnt die französische Artillerie ihr Konzert schon wieder von neuem, und wie —? Einen französischen Artillerieangriff schildern, halte ich für ausgeschlossen, und stundenlang einem

folchen ausgelegt sein, für mit das Schreckliche, was der Krieg bringt. Wo man gerade ist, da bleibt man liegen, Stundenlang. Unfre Gräben und Schützengräben haben schon ausgehoben, als wenn sie mit einem riesigen Pflug umgepflügt worden seien. Unser Lager war schon herauf zerföhren, daß man keine Unterstände und nichts mehr sehen konnte. Das geht Salbe auf Salbe, ein Geföhle, daß einem die Nerven nachher wie erlahmt sind. In letzter Zeit sind wir, um uns besser gegen dieses wahnwitzige Artilleriefeuer zu schützen, dazu übergegangen, in den Schützengräben und Unterständen 3 bis 4 Meter tiefe Stollen in die Erde zu treiben, wo wir dann das Umwetter an uns vorbeiziehen lassen. Aber auch dies hilft noch nicht vollkommen. Vor kurzem erst wurde noch so ein Stollen durch eine Granate zugeworfen.

Solange nun die französische Artillerie arbeitet, sind wir lahmgelegt, nur einzelne Landminen haben wir. Möglich verstimmt die Kanonade, und dies ist der Augenblick, wo die französische Infanterie vorstürmt. Aber auch wir stehen schon auf dem Posten, und mit einem Schnellfeuer geht's dazwischen, dazu rattern noch die Maschinengewehre, so daß sie meistens noch nicht bis an unsere Drahterhaue herankommen. Wohl sind die Franzosen an verschiedenen Stellen auch schon bis in die vordersten Gräben herangekommen, aber nie haben sie sich dessen lange erfreuen können. Bei Anbruch der Dunkelheit, oder anderen Morgens war die Streife wieder rein. Und wenn es nicht mit Infanterie allein ging, dann spudeten ihnen unsere Minenwerfer eine derartige Portion in ihr neues Bein, daß wir bloß noch ein wenig nachhelfen brauchten.

So geht's aber hier schon von woch zu woch lang tagtäglich und von nachts; hin und her wagt der Kampf zwischen den vordersten Gräben. Diese Erde ist mit Blut getränkt. Aber die Franzosen lassen noch nicht nach. Wie in heller Verzweiflung kommen sie jeden Tag aufs neue vor. Erreicht haben sie noch nichts, wohl hat es uns auch schon manchen guten Kameraden gekostet, aber unsere Zerkung ist noch immer die alte. Na, wenn die französische Infanterie so wäre wie ihre Artillerie, dann wäre es vielleicht anders. Die unsre heißt aber nicht umsonst die eiserne Infanterie.

Besagene, die wir machen, werden von uns ziemlich angenommen. Respekt muß man ja vor den Franzosen immer noch haben. Vor kurzem ergabte uns so ein blunziger Franzling, es wäre ihnen gesagt worden, sie sollten nach sich zur Bejagung, und da steht man die armen Teufel in diesen Bejagtesel. Ein anderer meinte: „Eure Infanterie und Maschinengewehre liegen uns schwer im Magen.“ Und das ist auch so, kommen wir bis an einen Graben heran, gibt's für die Kerle kein Halten mehr, entweder sie versuchen vorzudringen, oder sie geben sich gesungen; auf eine Weisheit lassen sie sich nicht ein. Heute ist merkwürdigerweise der erste Tag, wo es mal etwas ruhiger ist, eine Ruhe, die einem ein wenig unheimlich vorkommt.

Die Proletarier sind zurückgeblieben

Dem „Granden“ wird aus dem Westen geschrieben: Meine Kompanie ist hier im Kontor einer größeren Zuckerfabrik einquartiert. . . . Der ganze Betrieb ruht. Der Besitzer ist aus dem Orte geflohen, wie überhaupt die meisten vermögenden Leute in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten Frankreichs ins Innere des Landes geflohen sind. Was zurückgeblieben ist, sind Proletarier. . . .

Die hiesigen Einwohner machen einen freundlichen Eindruck auf mich. Auch auf unsern letzten Marsch war das Verhalten der französischen Bevölkerung den deutschen Truppen gegenüber gut. Als wir zum Beispiel mit Sang und Klang durch den Ort T. marschierten, sahen alle Bewohner mit freundlichen Mienen aus ihren Fenstern. Ein älteres Mädchen rief uns in gebrochener Deutsch zu: „Wo wollt Ihr hin?“ „Nach Paris“ war die Antwort.

Uebrigens hat sich zwischen den französischen Einwohnern und den deutschen Truppen ein freundschaftliches Verhältnis herausgebildet. Der lange Aufenthalt in einer Gegend und der tägliche Verkehr bringen das mit sich. Die deutschen Soldaten hinter der Front sind mit ihren französischen Quartierleuten sehr zufrieden. Der lange Aufenthalt hat auch dazu geführt, daß viele Deutsch-, französisch- und viele Franzosen Deutsch sprechen lernten. Hauptächlich französische Kinder geben sich darin große Mühe. Sie sprechen mit uns in deutscher Sprache — natürlich in gebrochener Deutsch — und wissen sich ganz gut zu helfen, wenn sie von einem Subjektiv, Pluralis und ähnlichen Dingen wünschen.

Parole Hindenburg.

Im Anzuge heißt es die Augen offen halten, und so läuft denn auch Gott umher, wenn er sich einmal in die Schützengräben verirrt, dort ohne die obligate Wunde umher. Eine reizende kleine Geschichte über dieses Thema wird im „Darmstädter General-Anzeiger“ veröffentlicht. Hier ist sie:

Für diesmal eine kleine Besichtigung. Herr Medatteur, Sie und Ihre Leier sind doch hoffentlich so habhaft, zu wissen, daß Delila die Philisterfrau Simons gewesen ist, die diesem das Geheimnis seiner Stärke entwand. Die Geschichte ist schon ziemlich lange her, aber das Gedächtnis der Delilas ist noch nicht ausgeblieben. War da nämlich ein einquartierter Gefreiter einer französischen Division insofern auf den Leim gegangen, als er sich im ersten Stadium regelrechter Verliebtheit befand. Er hatte Ruhelage, und der französische Mowwi stieß für ihn reichlich. Da fragte ihn diese Jeannette ganz unvermittelt: „Du, Schatz, weißt Du auch noch richtig die Parole, wenn Du nachher aufziehen mußt auf das Waag?“

Wenn diese Falle nicht gut angelegt war, dann ist nie eine Falle gut angelegt gewesen. Inzwischen steht dem Deutschen das Vaterland nicht nur über der Parole, sondern auch über der allerhöchsten Liebe, und „bejaunen“ tut sich ein königlich preussischer Gefreiter im Dienst und außer Dienst niemals. Anscheinend harmlos erfolgte die Antwort: „Gewiß, die Parole ist heute Hindenburg.“ Keine Miene verzog der Gefreite, als habe er etwas gemerkt, aber auch diese Jeannette hat, als wenn sie nicht ein Wasserchen hätte trüben wollen. Selbstverständlich war die Parole keineswegs Hindenburg, und der Gefreite, der nicht auf den Kopf gefallen war, dafür aber um so heißere Sehnsucht nach dem Eijernen Kreuze hegte, meldete die Geschichte gleich nach seiner Rückkehr und bat, einen bestimmten Posten beziehen zu dürfen. Einige Nachstunden vergingen und es passierte nichts.

Dann aber, so gegen 1 Uhr, tauchten gleich fünf „Feldgrau“ auf, allerdings trugen zwei Infanteristen Artilleriehelme. Unser Gefreiter: „Halt, wer da!“ — Patrouille: „Parole Hindenburg.“ — „Gut, passieren.“ — Und diese famose Patrouille passierte, bis sie außer Schwerte prompt „in Empfang“ genommen wurde. Diese „Patrouille“ wiederholte sich sogar dreimal mit demselben Erfolg. Der Gang war ausgezeichnet, denn es waren einige französische Offiziere und einige Geniesoldaten zum Minenlegen, die unter dem Schutze der Nacht und des Regens ihre Sache auszuführen hofften. Der Gefreite bekam natürlich sein Eisernes Kreuz für die große Ueberlegung und Geistesgegenwart, die er in „schwacher Stunde“ bewiesen hatte. So hatte also die „Parole Hindenburg“ selbst in Frankreich gezogen. Allein mit der Liebe bei deren Jeannette war es aus und sie wird gewiß bis an ihr seltsames Ende die falschen Teufel hassen mit dem ganzen Haß einer französischen Patriotin.

Deutsche und russische Schützengrabenarbeit.

Einen Vergleich zwischen den Feldbesetzungsarbeiten, die die Deutschen und die Russen im polnischen Schlachtgebiet ausgeführt haben, gibt der Kriegsberichterstatler der „Times“ beim russischen Heere, Stanley Washburn, in einem interessanten Aufsatz. „Die Deutschen haben einen beträchtlichen Vorteil vor den Russen in fast allen Dingen, die sich auf Ingenieurarbeit beziehen. Es gibt dafür verschiedene Gründe, und wohl der wichtigste ist der, daß die Deutschen durch ihre ganze Anlage ein außerordentlich genaues, ordentliches und geschultes Volk sind, während der Russe in seiner Natur nichts von all dem hat. Der zweite Grund, der eigentlich nur eine Folgeerscheinung des ersten ist, besteht darin, daß die teutonische Armee sehr viele Handwerker und Mechaniker aufwahrt, besonders in ihren Reservekorps. Man sieht überall ihren Einfluß sehr deutlich. Die Belegenheit, deutsche Schützengräben zu betrachten, ist natürlich für mich beschränkt auf die Teile Polens, in die die Russen gekommen sind, nachdem die Deutschen hier bereits Stellungen ausgegraben hatten, aber das, was ich sah, stößt mir die höchste Achtung vor der Tüchtigkeit der Deutschen beim Anlegen von Feldbesetzungen ein.

Ihre Schützengräben waren fast ohne Ausnahme vorbildlich angelegt, und ich habe viele gesehen, bei denen man denken konnte, sie seien von Ingenieuren angelegt, die ein unübertreffliches Mäher verfahren wollten. Die Genauigkeit in der Anlage der Gräben, die Sauberkeit der Arbeit, die Reinlichkeit in allen Unterständen ist erstaunlich, und wo Zeit war, sind vorzügliche Maschinierungen und Sammelvorrichtungen geschaffen. Laufgräben und Zugänge sind höchst praktisch entworfen, alle durch den Boden und das Terrain gebotenen günstigen Möglichkeiten voll ausgenutzt, und jede Bequemlichkeit ist durchgeführt, die in einem Schützengraben geboten werden kann.

Die Stellungen der deutschen Kanonen sind in derselben exakten und musterhaften Weise angelegt wie die Schützengräben; ebenso zeigen alle Ausbesserungen an Wegen, Brücken usw. den Geist dieser Ingenieurkunst, die im ganzen Heere zu leben scheint. Die Russen standen zunächst in jeder Art dieser Arbeiten weit zurück, aber sie haben große Fortschritte gemacht, und die Bzura-Nawka-Linie, die im Dezember angelegt wurde, stellt das Beste dar, was ich an solchen Arbeiten von den Russen gesehen habe, während die zweite Linie zwischen der Front und Warschau, die man gewöhnlich die Blonielinie nennt, ebenfalls die gesteigerte Erfahrung in dieser Hinsicht erkennen läßt.“

Ein Wort vom Hassen.

In einer Polemik gegen einen Herrn Eduard Engel, der den Abgeordneten Haas wegen zu geringen Hasses gegen die Franzosen angegriffen hatte, schreibt jetzt der fortlichriftliche Abgeordnete im „Berliner Tageblatt“:

Ich lag als Kriegsfreiwilliger im Schützengraben in Frankreich, und mir gegenüber lagen die Franzosen. Just zu dieser Zeit sah Herr Engel in Berlin am warmen Ofen und hinter einem großen Tintenfaß und will mich von dort aus über das Maß von Wut belehren, das man gegen die Franzosen in sich tragen müsse. . . .

Nach meiner festen Ueberzeugung, die sich auf unzählige Besprechungen mit verständigen Menschen, aber auch auf meine Erfahrungen im Kriege stützt, kennt das deutsche Volk keinen Haß gegen den einzelnen Franzosen; wir hassen das französische Volk nicht. Ich kann nicht jedesmal hinzusehen, daß Herr Engel und einzelne Menschen seiner Geistesart eine Ausnahme bilden. Von überall erhalten wir Berichte, wie freundlich die deutschen Truppen in den besetzten Teilen von Frankreich mit der Bevölkerung verfahren, wie sie sich der nothleidenden Bevölkerung annehmen, wie sie die Kinder pflegen, und wie sich freundliche Beziehungen zwischen den Quartierwirten und den Soldaten anknüpfen. Der deutsche Soldat ist auch draußen der Angehörige eines Kulturvolkes, erzogen in der guten deutschen Schule; er lehnt es ab, für die Schandtaten einzelner Franzosen, für den Rechtsbruch französischer Richter, für die Ausschreitungen verheerter Böbelhaufen, den einzelnen Franzosen veranimatorisch zu machen. Er steht über der Logik des Herrn Engel, daß die Mörder vor Orthes doch auch zum französischen Volke gehören, daß dazu gehören die Böbelhaufen, die Verwundete und Gefangene mißhandelten, und die Zeitungschreiber, die das deutsche Volk beschimpfen, und daß deshalb das ganze französische Volk schlecht und hassenswert sei.

Wo — außer in der Phantasie französischer Journalisten — ist der deutsche Soldat dem französischen Bürger mit Geföhlen des Hasses entgegengetreten? Haßt der deutsche Soldat den verwundeten oder gefangenen Franzosen oder selbst den französischen Soldaten, der ihn kampfbereit gegenüberliegt? Haß habe draußen im Felde bei keinem ein Geföhle des Hasses wahrgenommen; aber vielleicht weiß es Herr Engel in Berlin besser.

Ein Erlebnis: Wir standen, als wir zum erstenmal ins Gefecht kamen, im Kampfe gegen Engländer. Wir alle denken leidenschaftlich gegen England, und einer sprach mir von seinem Haß. Am andern Tag — und manchen sieben

trohen Kameraden hatten uns die englischen Kugeln geraubt — sah er einen schwerverwundeten Engländer in einer Scheune. Er als erster sprang ihm hilfsbereit bei, verband ihn, gab ihm zu trinken, und er selbst litt unter den Schmerzen des armen Menschen. Von seinem Haße hatte er gesprochen; aber ist das der Haß? Kann Haß und Mitgeföhle so nahe bei einander wohnen?

Wir wissen aus zahlreichen Feldpostbriefen, daß die von Haas gekennzeichnete Stimmung der Achtung und des Mitleids mit der Bevölkerung allen Gegnern gegenüber an der Front allgemein ist.

Die Russen aus Memel vertrieben.

W. L. B. Großes Hauptquartier, 22. März 1915. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Ein nächtlicher Versuch der Franzosen, sich in den Besitz unserer Stellung am Südhang der Lorettöhöhe zu setzen, schlug fehl. Auch in der Champagne nördlich von Le Mesnil scheiterte ein französischer Nachtangriff.

Alle Bemühungen der Franzosen, die Stellung am Reichsackerkopf wiederzugewinnen, waren erfolglos.

Westlicher Kriegsschauplatz. Aus Memel sind die Russen gestern nach kurzem Gefecht südlich der Stadt und hartnäckigem Straßenkampf wieder vertrieben worden. Unter dem Schutze der russischen Truppen hat hier russischer Pöbel sich an Haß und Gut unserer Einwohner vergriffen, Privateigentum auf Wagen geladen und es über die Grenze geschafft. Ein Bericht über diese Vorgänge wird noch veröffentlicht werden.

Nördlich von Mariampol erlitten die Russen bei abgewiesenen Angriffen schwere Verluste.

Westlich des Drzyc bei Jednorozek und nordöstlich von Praszynsz sowie nordwestlich von Ciechanow brachen russische Tages- und Nachtangriffe unter unserm Feuer zusammen. 420 Gefangene blieben bei diesen Kämpfen in unserer Hand.

Oberste Heeresleitung.

Notizen.

Angewählte Blockade Deutschlands. Die Kopenhagener „Nationaltidende“ meldet aus London: In seinem Telegramm an die Washingtoner Regierung über Englands Absicht, alle Zufuhr nach Deutschland abzuschneiden, erklärte Grech, daß die englische Flotte die effektive Blockade eingerichtet habe; eine Kette von Kreuzern werde die Ausfuhr von und die Einfuhr nach Deutschland scharf beaufsichtigen.

„Zeppelin“ über Calais. Die „Times“ meldet über den deutschen Luftangriff auf Calais noch folgendes: Es wurden mehr Bomben geworfen, als man zuerst angenommen hatte, nämlich zwischen 40 und 50 sehr große, darunter einige von einem neuen Typ. Die Anzahl der Toten ist auf neun gestiegen. Der „Zeppelin“ blieb länger als eine halbe Stunde über Calais und scheint seine Aktion von einer Höhe von 5000 Fuß ausgeführt zu haben. Es wurde versucht, den Hauptbahnhof, den Hafenbahnhof und verschiedene Depots zu zerstören. Einige Bomben fielen in das Hafensassin, andre in die See. Das Luftschiff kehrte auf demselben Wege, auf dem es gekommen war, wieder zurück.

Neun Milliarden! Die vorliegenden Ergebnisse der Kriegsanleihezeichnung erreichen 9 Milliarden Mark.

Das chinesische Volk gegen Japan. Die Londoner „Morning Post“ meldet aus Schanghai vom 19. März: Gestern fand eine Kundgebung mehrerer tausend Eingeborenen statt, in der eine Resolution gefaßt wurde, die den Krieg gegen Japan verlangt, da es besser sei, auf dem Schlachtfeld zu sterben als Sklaven Japans zu werden. Die Polizei der Fremdenniederlassungen verbot anfangs, die Versammlung zu verhindern, als aber die Menge eine drohende Haltung annahm, wurde sie gestattet. Eine große Anzahl antijapanischer Flugblätter wurde verteilt. An den Straßenecken sprachen zahlreiche Redner gegen Japan. Wie verlautet, landeten gestern zwei Bataillone Japaner in Tientsin.

Depeschen.

Der Angriff auf die Darbanellen aufgegeben? W. L. B. London, 22. März. (Reuter-Meldung.) Eine Mitteilung der Admiralität sagt, daß infolge der Verluste durch die treibenden Minen der Angriff auf die Darbanellen nicht bis zum Ende verfolgt wurde.

Der Unterseekrieg.

W. L. B. Amsterdam, 22. März. Ein Blatt meldet aus London: Ein deutsches Unterseekreuzerpedierte Sonntag nachmittags den Dampfer „Gairantun“, der von Newcastle nach Genua unterwegs war, bei Beach Head. Der Dampfer sank, die Mannschaft wurde gerettet.

Stürmischer Reichstagschluß.

Berlin, 20. März, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Delbrück, Helfferich, Aratze, Solf, Lisca.

Der Antrag auf Verlängerung des Reichstags bis zum 18. Mai wird angenommen, ebenso in erster und zweiter Lesung der Auslieferungsvertrag zwischen Deutschland und Kuba.

Die zweite Lesung des Etats

wird fortgesetzt beim Reichsamt des Innern, und zwar bei dem Stapitel

Belagerungszustand und Pressezensur.

Die Budgetkommission unterbreitet zum Etat des Innern eine Reihe von Resolutionen, die im Bericht über die Freitagssitzung ausführlich wiedergegeben sind.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Alle Parteien haben lebhaftes Interesse über den heutigen geschäftlichen Zustand und seine Handhabung. Die Frage, inwiefern über das ganze Reich der Belagerungszustand verhängt werden dürfte, erörtere ich nicht. In Bayern ist diese Frage gesetzlich geregelt, bei uns ist nur spätere Regelung vorzusehen. In Bayern können nur wissenschaftlich falsche, irreführende Nachrichten über militärische Vorgänge bestraft werden. Dies ist ja inzwischen auch durch das Spionagegesetz geregelt und der Reichstagsrat hat genau bestimmt, welche Dinge nicht veröffentlicht werden dürfen. Nach der Reichsverfassung gilt im ganzen Reich mit Ausnahme von Bayern das preussische Gesetz vom 4. Juni 1851. Nach § 20 des Preussengesetzes bleiben aber, auch wenn Artikel 27 der Reichsverfassung (Pressefreiheit) aufgehoben wird, die für den Fall des Belagerungszustandes bestehenden besonderen gesetzlichen Bestimmungen in Kraft. Dadurch ist die Ausnahme, daß irgendwo im deutschen Lande, das jetzt nur eine Freiheit kämpft, ein gesetzlicher Zustand bestünde, unter dem die Pressefreiheit aufgehoben wäre. Bei allen Angriffen auf die Pressefreiheit hat man sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen zu halten und darf, wie auch das preussische Abgeordnetenhaus anerkannt hat, nicht Willkür an deren Stelle setzen. Obzwar hätte man

zur Presse das Vertrauen haben

müssen, daß sie selbstverständlich ihre Pflicht tun wird. Unter keinen Umständen darf die Bevormundung aber hinausgehen über den Kreis militärischer Angelegenheiten. Mit dem Belagerungszustand geht nur die vollziehende Gewalt an die Militärbehörden über, nicht aber die gesetzgebende Gewalt. Der Militärbehörden hat sich im Rahmen des Gesetzes zu halten (Sehr richtig!). geht er gegen das Gesetz vor, so ist er schadenersichtlich. Das Reichsgericht wird nach dem Kriege wohl auch darüber zu entscheiden haben. Es hat übrigens bereits erklärt, daß der Grundjah, während die Waffen sprechen, haben die Gesetze zu schweigen, der Befehl und speziell der deutsche Befehl zu überlaufen. Das Reichsgericht hat auch erklärt, daß völkerrechtliche Gesetze während des Krieges bestehen bleiben. Welcher Schrei der Entrüstung ging mit Recht durch die gestimmte Welt, als 1870 die Deutschen aus Frankreich ausgewiesen wurden. Unter dem Belagerungszustand kann es allerdings vorkommen, daß gegen die Befestigung, gegen das Recht, die persönliche Freiheit, die Pressefreiheit verstoßen wird.

Im Oktober v. J. wurde ein russischer Techniker Heinrich Konze in Berlin von der Anklage der Majestätsbeleidigung freigesprochen, weil er die Tat nicht mit Hebelkenntnis begangen habe.

Das war Objektivität

auch dem Angehörigen eines feindlichen Landes gegenüber. Einige Zeitungen, die aus Polizeikreisen Nachrichten erhalten, entrichteten sich über dieses Urteil, der Staatsanwalt legte Verurteilung ein, der Oberbefehlshaber ließ den Freigesprochenen verhaften. Gestern aber hat das Reichsgericht die Revision der Staatsanwaltschaft verworfen. Das ist Objektivität. In weiten Kreisen des Vaterlandes wurde es als ein Schlag gegen das Gerechtigkeitsgefühl empfunden, daß gesagt wurde, man müsse den freigesprochenen Muffen im Interesse seiner eigenen Sicherheit einlösen. Der Mann ist, glaube ich, noch heute in Haft. Ein solcher Eingriff droht nicht nur den Ausländern, sondern auch den Inländern. Die Gerichte verschaffen auch während des Kriegeszustandes der Befestigung und dem Rechte Geltung und nichts anderes darf in einem Volke herrschen, das um Befestigung, Recht und Freiheit kämpft. (Sehr richtig!)

Unter der Ungleichmäßigkeit der Behandlung der Presse und unter der Ausübung der Zensur durch wenig geeignete Personen leidet besonders die sozialdemokratische Presse. Es ist falsch, daß der Reichstagsrat nur für die Verhängung des Belagerungszustandes, nicht aber auch für seine Handhabung verantwortlich wäre. Die Militärbehörden dürfen nur Ausnahmebestimmungen im Interesse der öffentlichen Sicherheit treffen. Beim Oberkommando in Berlin tochen ein Bankier, ein Rechtsanwalt, ein Ministerialdirektor, ein konservativer Abgeordneter, Polizeiräte und

Mitglieder des ehemaligen Reichsverbandes

zur Bekämpfung der Sozialdemokratie den Frei. Einer weiß nichts vom andern. Häufig wird einer Zeitung etwas verboten, was der andern erlaubt ist, und am folgenden Tage darf sie das, was ihr verboten war, aus der andern nachdrucken. (Hört, hört!) Da sollte ein Versehen vorliegen, aber diese Versehen finden immer zueinander der Sozialdemokratie statt. Auch aus Breslau, Magdeburg, Danzig, Königsberg, Braunschweig, Bochum, Kattowitz, Posen, Solingen, Elberfeld, Düsseldorf, Essen usw. kommen lebhaft Beschwerden. Die „Danziger Volkszeitung“ wurde „im Interesse der öffentlichen Sicherheit“ verboten, weil über eine Rede des Abg. Siebel berichtet war, in der er erklärte, daß wir eine Auslieferung nicht zu fürchten brauchen, daß aber die Preise zu hoch gebracht worden seien! In Königsberg wurde die „Volkszeitung“ verboten, weil die deutschen Siege auch mit dem deutschen Wahl- und Wahlrecht begründet waren. In Braunschweig wird einem Redakteur das

Ehrenwort abgenommen, nicht mehr zu schreiben.

Es scheint, als ob die Zensoren einfach die Zeitung verbieten oder gar die Schreiber verhaften, wenn sie zu dem Resultat kommen, daß sie die betreffende Zeitung nicht abonnieren würden! In Kattowitz erklärte der Zensor gegenüber der „Dreien Presse“, die vor 3 Uhr erscheint, er habe vor 3 Uhr keine Zeit für die sozialdemokratische Presse! Die Oberbefehlshaber wissen vielfach selbst nichts von den Maßnahmen. So hat General v. Pflügel dem Abg. Dittmann, der sich über die Verhängung der Präventivzensur über sein Blatt beschwerte, erklärt, nichts von dieser Maß-

nahme zu wissen. Obwohl der Generalstab angeordnet hat, daß das, was in Berlin zentriert ist, auch für die Provinz zentriert sei, ist dies noch immer nicht durchgeführt. Viele Köpfe verderben den Wein!

Nachdem mit der „Deutschen Tageszeitung“ darin überein, daß unter dem Burgfrieden die Verletzung der eigenen Weltanschauung nicht unterjocht sein soll. Aber uns gegenüber wird das nicht so gehandhabt. Statt die Zensur nur nach Sicherheitsrückichten einzurichten, wurde dem „Vorwärts“ schon am 4. August verboten, erregenden

Schwindelnachrichten entgegenzutreten,

weil sonst die Einheit der Regenerierung beeinträchtigt werden würde. Eine Stunde später nahm der Generalstab in einer Pressekonferenz dieselbe Stellung ein wie der „Vorwärts“! Genau so ging es, als der „Vorwärts“ gegen die Spionagedelerei warnte. Als wir gegen Verleumdung Stellung nahmen, die sich fälschlich auf den Generalquartiermeister bezogen, so daß Belfort genommen und sieben Armeekorps gefangen seien, wurden wir verwahrt. Ein Artikel wurde uns beanstandet, der die Mieterfrage genau so behandelte, wie später die Gerichte entschieden. Dem „Vorwärts“ wurde verboten, auf Angriffe der „Berliner Neuesten Nachrichten“ zu antworten, und das Oberkommando trug eine Stadtverteidigungsrede des Abgeordneten Wurm die Stellen, die sich gegen die Sinaufhebung der Preise wandten. All das und alle die weiteren Maßnahmen sollen der öffentlichen Sicherheit dienen! (Hört, hört! b. d. Soz.) Das Verbot des „Vorwärts“ erfolgte, weil er geschändliche Tatsachen, wie das Sozialistengesetz zur Begründung der im Ausland gegen Deutschland bestehenden Vorurteile herangezogen hatte. Man hat uns sogar vorgeschrieben, daß von der Zensur gestrichene Stellen in keiner Weise durch weiße Noten oder Punkte ersetzt werden dürfen. Es müssen vielmehr solche Stellen im Sinne des Zensors ergänzt werden.

Ich schäme mich fast, mitzuteilen,

daß so etwas in Deutschland passieren kann. In dieser Art lassen wir uns die Pressefreiheit und die Bestimmung nicht beschneiden. Ein von allen Zeitungen abgedrucktes Gladbachteleogramm unserer Parteivorstände an die englische Arbeiterpartei zu ihrer vernünftigen Haltung wurde uns zum schwersten Vorwurf gemacht, als wir es mit der, angeblich irreführenden, Zensurungemittelt abdrucken. Alle Parteiblätter druckten etwas über die Londoner Sozialistenkonferenz bringen, die für den Frieden und gegen Ausland eintrat, aber der „Vorwärts“ nicht. Sogar die Verhöhnung des englischen Zensors durch die Zeitung „Truth“ wurde uns verboten. Man streich uns einen Artikel, der die Niederlage des Zarismus als einen Segen für das russische Volk bezeichnete. Wir

dürfen nichts gegen das Moskowitertum sagen,

fast nichts gegen die Amerizienwünsche des Wehrvereins. All das Unparteilichkeit, liegt das im Interesse der öffentlichen Sicherheit? (Hört, hört! b. d. Soz.) Es war verboten, Schwindelnachrichten über belgische Briefträger zu verbreiten, Enttarnung der Lüge wurde nicht zugelassen, ebensowenig die von der „Frankfurter Zeitung“ vorgenommene Demaskierung eines Menschen, der sich das Eisenerz Kreuz erschwandelt hatte. Eine Erklärung Eitelkums gegen die Agence Havas wurde uns verboten, französische Märsche über deutsche Sozialdemokraten darf der „Vorwärts“ nicht widerlegen. Aus verschiedenen in der Parteipresse bereits erschienenen Feldpostbriefen wurden uns Stellen gestrichen. Wir durften einen objektiven Bericht über verschiedene Kriegesgerichtsverhandlungen nicht veröffentlichen, ebensowenig die Rede des englischen Sozialisten MacDonald gegen den Krieg der Engländer usw. Sogar ein Artikel wurde uns verboten, den

Soldaten keinen Schnaps ins Feld

zu schicken. (Hört, hört! b. d. Soz.) Nach diesen Beispielen wird man wohl zugeben müssen, daß hier eine Ungleichmäßigkeit und Ungerechtigkeit herrscht, die gegen das Interesse des Vaterlandes und gegen das Gesetz verstößt. Hier muß Membrur geschaffen werden. Die vorliegende Resolution kann uns nicht genügen. Da aber augenblicklich nicht mehr zu erreichen ist, müssen wir öffentlich aussprechen, daß unser Volk mündig ist, keine Zensur braucht, am wenigsten eine Militär- und Polizeizensur. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auch gegen Bücher wird ja so verfahren. Aus einem Buche des Generalsekretärs Dr. Franze vom Deutschen Verfassungsschutzverband über Deutschlands Volkswirtschaft im Kriege wurde ein

Kapitel über den innern Frieden verboten,

worin der Verfasser verlangt, daß man auch nach dem Krieg unparteilich gegen die Sozialdemokraten sein soll. Ich glaube gar nicht, daß der Oberbefehlshaber selbst diese Streichung angeordnet hat, das kann nur ein Polizeimann tun.

Weiße Kreise des Volkes wollen auch für uns Freiheit und Gerechtigkeit im Frieden haben. Wenn der Krieg nach Clausewitz die Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln ist, dann darf die Politik nicht vom Militär geführt werden, sondern sie ist zu führen von der Regierung, die auch eingreifen können muß. Clausewitz hat das Unterordnen des politischen Gesichtspunktes unter den militärischen als widerwärtig erklärt, denn die Politik, die den Krieg erzeugt hat, sei die Intelligenz, der Krieg aber bloß das Instrument. Bismarck hat sich ebenso ausgesprochen. Wenn aber die Presse, die die politischen Gedanken der Bevölkerung auszudrücken hat, in dieser Art und Weise unterbunden wird, dann ist es nicht möglich, daß das Volk Politik treibt, sondern dann treibt Politik entweder der betreffende Militärbehördenhaber oder der zum Zensor bestellte Polizeimann. Das ist aber nicht die Intelligenz, die im Deutschen Reich als Vertretung des deutschen Volkes gewählt worden ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Der Haß gegen einzelne Völker, wie er sich in einigen Organen findet, wird von der großen Menge der deutschen Bevölkerung durchaus nicht geteilt. Dringend erforderlich ist es, daß die Presse von den ihr widerrechtlich auferlegten Fesseln befreit wird. Ich halte es ferner für dringend erforderlich, daß der Krieg bald beendet wird. Gerade da wir stark und da wir die Siegenden sind, darf und muß es im Land und in der Presse ausgesprochen werden können, daß man durchaus

für einen Frieden auf vernünftiger Grundlage

ist. Denjenigen, die gegen den Frieden, für maßlose Annexionen sind, wird gestattet zu schreiben — sie kriegen nur eine kleine Warnung —, aber uns, die wir gegen diese Art sind, wird der Mund verboten. Ich hoffe, daß die für die Politik verantwortliche Regierung dasjenige wird durchsetzen können, was in der von Ihnen vorgeschlagenen Resolution verlangt wird: Gleichmäßigkeit der Behandlung der Presse. Darüber hinaus verlange ich, daß die der Presse auferlegten Fesseln genommen werden und daß das Volk, das jetzt für Freiheit kämpft gegenüber den äußeren Be-

drückern, nicht im Innern geknebelt wird und daß ihm insbesondere die Pressefreiheit wiedergegeben wird. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Kaufmann (Fortfdr. V.): Was wir eben gehört haben, ist nicht das Spiegelbild dessen, was wir als allgemeine Ansicht der Kommission feststellen können. Daraus handelt es sich angesichts des außerordentlich großen Wertes der Presse doch nur um einzelne Mißgriffe. Die Beschwerden über die Zensur haben ihren Grund in der Blödsichtigkeit der Einrichtung, in der Herausziehung Tausender von Personen zu Aufgaben, die ihnen neu waren, wodurch sich die Verschiedenheit in der Handhabung erklärt, und in dem Mangel eines Gesetzes. Dieses Gesetz fordert die Kommission deshalb. Ebenso verlangt sie, daß die Verantwortlichkeit des Reichstagsrats für die Handhabung der Zensur festgelegt wird. Der Staatssekretär hat im übrigen zugegeben, daß auf die Militärbehörden

im Belagerungszustand nicht mehr Gewalt

übergeben kann, als die Zivilbehörden gehabt haben; auch die Militärgewalt muß sich also bei ihren Maßnahmen im Rahmen der betreffenden Gesetze halten. Die Zensur ist vor allem deshalb nötig, weil die Gefahr der Entfaltung von Neuierungen durch die ausländische Presse heute jowiel größer ist. Die Auslandspresse muß ja in ihrer jetzigen Lage läsen. Ich erinnere nur an das, was in Frankreich über die Behandlung der französischen Gefangenen in Deutschland verbreitet wird, während wir uns geitern in Übersee überzeugt haben, daß es in Wahrheit ganz anders aussieht. Die Sozialdemokraten wollen die Beschränkung der Zensur auf militärische Angelegenheiten, aber gegenwärtig sind alle Angelegenheiten militärisch. (Sehr richtig!) Redner schließt mit Worten der Anerkennung für die anfordernden Leistungen unserer Armee. (Bravo!)

Abg. Ledebour (Soz.):

Der Staatssekretär Dr. Delbrück hat meinem Genossen Haase gegenüber versichert, daß es nach Ausnahmegesetze gibt, aber in der Kommission möchte er erweichen, daß das Postulatsgesetz ein Ausnahmegesetz ist. Dieses Zugeständnis hat auf das Zentrum einen außerordentlich befriedigenden Eindruck ausgeübt, es hat sich da das alte Bismarck mit einer kleinen Modifikation beteiligt; es ist mehr Freude im Zentrum über einen Staatssekretär, der Ruhe im, als über tausend geredete Sozialdemokraten. (Heiterkeit.) Tatsächlich gibt es auch eine Reihe von Ausnahmegesetzen, z. B. den Sprachensparagrafen des Reichsvereinsgesetzes. Wir wollen alle Ausnahmegesetze beseitigen, auch die maskierten, die nach dem Willen des Ministers Churchill unter der falschen Flagge der Neutralität operieren. (Heiterkeit.) Die von der Kommission beschlossene Resolution, die den Bundesrat erjudet, bestehende Ausnahmegesetze gegen einzelne Teile des deutschen Volkes zu beseitigen, ist nicht nur den Kreuzer Gesellen-gesetz, sondern auch alle sonstigen derartigen Fahrzeuge torpedieren, die heute noch unter falscher neutraler Flagge segeln. (Heiterkeit.) Wir haben immer betont, daß durch solche Ausnahmegesetze

ein ewiger nationaler Zwist in Deutschland

erzeugt wird. Geradezu unbefriedigend sind die Eingriffe in das Privatleben der französisch sprechenden Bevölkerung in Elsaß-Lothringen, denen jetzt während des Krieges plötzlich der Gebrauch ihrer Muttersprache auf Grund des Belagerungszustandes untersagt wird. (Hört! hört! b. d. Soz.) Sogar der Gottesdienst ist durch das Oberkommando sprachlich reglementiert. Die eine Gemeinde darf französisch sprechen, die andre Französisch und Deutsch, die dritte nur Deutsch. Wer trägt die Verantwortung für diese Ungehörlichkeit? Es sind die schlimmsten Hochverräter in Deutschland, die in der heutigen Zeit die französisch sprechende Bevölkerung in eine solche Stimmung hineintreiben, daß sie sich nach der französischen Herrschaft sehnen. (Große Unruhe.) Verbesserungen sind nach Ansicht der Regierung und der Mehrheitsparteien während des Krieges nicht möglich, aber Verschlechterungen führt man durch. Der Burgfriede ist unter dem Schutze des Belagerungszustandes der elsass-lothringischen Bevölkerung gegenüber in der schlimmsten Weise durch die Militärverwaltung gebrochen worden. (Lachen rechts.) Wenn Deutschland

mit der nationalen Toleranz vorangeht,

dann schlägt es Rußland die panlawistische Klinge aus der Hand, dann würde es Rußland unmöglich sein, jemals an einen Eroberungskrieg in Europa zu denken. Das habe ich bereits vor 2 Jahren gesagt, und die Tatsachen haben mir recht gegeben. Wenn Sie die Worte „Gegen den Zarismus!“ wahr machen wollen, dann müssen Sie bei sich zu Hause anfangen und alle zaristischen Klüden der deutschen Politik unterlassen. Dazu gehört gerade auch die sprachliche Vergevaltigung großer Teile des Volkes. Ich unterschreibe im übrigen alles, was zum Lobe der außerordentlichen

Tapferkeit unserer Heere und des ersten Heerführers,

des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg gesagt ist. Aber die deutsche Heeresleitung zeigt sich in ihren politischen Taten absolut nicht auf der Höhe. Die Oberste Heeresleitung hat bekanntgemacht, es solle für jedes von den russischen Soldaten verbrannte Dorf und Gut drei russische Dörfer und Güter den Flammen übergeben werden. Ich war entsetzt, als ich das las. (Zuruf b. d. Soz.: Barbarei! Gr. Unr. — Zurufe rechts: Wir verbiten uns das! Anordnungen der Obersten Heeresleitung dürfen hier nicht kritisiert werden!)

Vizepräsident Dove: Das müssen Sie mir überlassen. (Andauernde große Unruhe rechts. Abg. Kretsch: Wir verlangen, daß das unterbleibt!) Der Abg. Liebnecht teilt mir eben mit, daß er das Wort „Barbarei!“ dazwischen gerufen hat. Ich habe den Ausdruck nicht gehört, ich rufe den Abg. Liebnecht zur Ordnung.

Abg. Ledebour: Durch diese Maßnahmen werden gerade Leute in Rußland getroffen, auf deren Bundesgenossenschaft wir rechnen müssen. (Andauernde Unruhe rechts — Vizepräsident Dove ersucht den Redner wiederholt, keine Kritik an Maßnahmen der Obersten Heeresleitung zu üben.) Dann gestatten Sie mir den allgemeinen Gedanken: Wir Deutschen . . . (Lebh. Unterbrechungen und Zurufe: Er darf nicht im Namen des deutschen Volkes sprechen!) Die deutsche Politik muß Wagnis einschlagen, die es ermöglichen, mit den östlichen Nachbarvölkern in Frieden zu leben. Das sage ich als Sozialdemokrat und als deutscher Patriot. (Schallendes Gelächter rechts.) Ich halte mich für einen besseren Patriot als viele Leute, die dabei hochschlagen. Ich glaube, im Interesse Europas und eines Zusammenschlusses in einer neuen Zukunft, im Interesse der Menschheit gesprochen zu haben. (Unruhe, einz. Bravorufe b. Soz.)

Verschiedene Erklärungen.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Ich halte mich für verpflichtet, die Verwahrung von Elsaß-Lothringen gegen den schlimmsten Vorwurf des Hochverrats mit aller Entschiedenheit in Schutz zu nehmen. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Graf Westarp (konf.): Ich muß mein lebhaftes Bedauern ausdrücken über die Art und Weise, wie die Abgg. Ledebour und Liebknecht sich erlaubt haben, Maßnahmen der Obersten Seeresleitung hier in der schweren Stunde des heiligen Tages zu kritisieren. (Lebh. Beifall.) Ich hoffe, daß die sozialdemokratische Fraktion den Mut finden möge, derartige Vorgänge zu desavouieren. (Lebh. Zustimmung.) Das Verfahren der Abgg. Ledebour und Liebknecht schadet unterm Vaterland in der schwersten Stunde, die das deutsche Volk jemals erlebt hat. (Stärk. Beifall.)

Abg. Wassermann (natl.): Auch wir protestieren dagegen, daß in dieser schweren Krisiszeit seitens einer großen Partei hier so gesprochen wird. (Jurufe der Soz.) Er hat

nicht im Namen der Partei

gesprochen! Ich halte mit Genugtuung fest, daß dies jetzt zum zweitenmal aus der sozialdemokratischen Fraktion gemittelt wird. Solle offizielle Äußerung darüber wäre wünschenswert. Wir sehen mit Bewunderung auf unsere Freunde, vor allem im Osten, wo sie unter genialer Führung gegen gewaltige Uebermacht kämpfen müssen. (Lebhafte Beifall.) Zu solcher Zeit derartige Ausführungen zu hören, ist ein bitteres Gefühl für jeden Patrioten (Zehr wahr!), und das wird auch weit hinausdringen zu unseren Soldaten, die Leben und Gesundheit für das Vaterland einsetzen. Wir alle bedauern, wenn solche Kriegsmaßregeln wie im Osten notwendig sind. Aber man muß die Grenzfälle der Kriese gesehen haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Gröber (Str.) richtet an die sozialdemokratische Fraktion die Frage, ob sie mit dem Verhalten Ledebours und Liebknechts einverstanden sei. Das deutsche Volk und die Welt muß angeklärt werden, ob hier die Ansicht eines einzelnen Abgeordneten oder die einer ganzen großen Partei ausgedrückt wurde. Wir haben dankbar anerkannt, daß die Sozialdemokraten sich am 4. August und 2. Dezember

auf den Boden des gemeinsamen Vaterlandes gestellt

haben, damit aber sind solche Äußerungen unvermeidbar. Die Seeresverwaltung hat die Maßnahmen nicht aus Uebermut, sondern in billiger Not zum Schutze des deutschen Vaterlandes angeordnet. Wenn man auch verschiedener Ansicht sein kann, ob das eine oder andre geboten war, so ist es doch nicht Aufgabe der Volksvertretung, denen in dem Kriege zu fallen, die unser Vaterland, unsere deutschen Mitbürger vor dem schwersten Unheil zu schützen suchen. (Stimmlicher Beifall.) Unter anderem handelt es sich, wenn wir von den russischen Grenzfällen nur lesen. Wenn schließlich wir verantwortliche Seeresleitung zum äußersten Mittel der Vergeltung greift, so ist das völkerechtlich durchaus zulässig. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bitte die Leitung der sozialdemokratischen Fraktion, uns offen und vorbehaltlos zu sagen, ob sie jene Äußerungen billigt oder nicht. (Beifall.)

Abg. Fischbeck (Kathol. Sp.) schließt sich Wassermann und Gröber an. Bei allem Mitleid für die Opfer der notwendigen Maßnahmen, muß die

Schuld daran doch nur der russischen Führung

und ihrer Kriegsführung zugeschrieben werden. Sie sollen die Konsequenzen ihrer Kriegsführung sehen. Darum kann die Seeresleitung zum Schutze des deutschen Landes auch auf schärfste Maßnahmen nicht verzichten. Die Äußerungen Ledebours und Liebknechts stehen im größten Gegensatz zu den warmen Worten Scheidemanns. Aber angesichts der in Frage kommenden Personen dürfen diese Äußerungen nicht überhört werden. Ledebour und Liebknecht sind nur eine kleine Minderheit der Sozialdemokratie hier und im Lande. Deshalb wird die Einmütigkeit des deutschen Volkes uns auch in Zukunft erhalten bleiben. (Lebh. Beifall.)

Abg. Schulz (Bromberg, Sp.) bezeichnet die Äußerungen Ledebours als unerhört und hofft, daß dieser Fleck auf der Einmütigkeit des deutschen Volkes ein kleiner Fleck bleiben wird.

Abg. Ledebour (Soz.): Die Wiederholung der von mir kritizierten Maßnahmen kann nur durch öffentliche Aussprache im Parlament verhindert werden. Die gegen mich gerichteten Reden treffen vorbei, wenn sie die Maßnahmen als notwendig bezeichnen. (Vizepräsident Dove unterjagt dem Redner abermals, die Maßnahmen der Seeresleitung zu kritisieren.) Diese Maßnahmen sollen die Wirkung haben, die Kisten oder ihre Hintermänner abzusprechen. (Lebhafte Jurufe rechts: Freiheit! Schlag! — Vizepräsident Dove: Fügen Sie sich meinen Anordnungen und reden Sie nicht weiter über diese Maßnahmen.) Bei ruhiger Ueberlegung wird später auch in Deutschland das Volk die Richtigkeit und Notwendigkeit meiner Ausführungen einsehen.

Abg. Scheidemann (Soz.) erklärt im Auftrag des Vorstandes der sozialdemokratischen Fraktion, daß diese Ledebour nur beauftragt habe, über den Sprachensprachgraphen zu sprechen. (Hört, hört!) Alles was Ledebour darüber hinaus gesagt hat, hat er für seine Person gesagt und hat er allein zu verantworten. (Lebh. Beifall, Jurufe rechts: Mißbilligen Sie es?)

Abg. Hansen (Däne) verlangt Besichtigung der gegen die Nordseefischer, deren vaterländische Pflichterfüllung der Staatssekretär anerkannt habe, gerichteten Ausnahmemaßnahmen.

Abg. Dr. Erhda (Vole) stellt das gleiche Verlangen bezüglich der Polen und bemerkt, daß das Verprechen einer künftigen Prüfung und eventuellen Neuorientierung der Polen nicht befriedigen könne.

Abg. Schulz (Sp.) erklärt, daß die Lösung so schwieriger Fragen in Ruhe, aber nicht jetzt erfolgen könne.

Damit schließt die Besprechung über den Belagerungszustand, Presse und Ausnahmengesetze.

Es folgt die Beratung über das

Vereinsrecht.

Abg. Heine (Soz.): Ich empfehle Ihnen die Beschlüsse der Kommission betreffend das Vereinsrecht zur Annahme. Es handelt sich um ein politisches Gesetz, das auch während des Krieges erledigt werden kann. Der heutige Zustand bedeutet keinen Fortschritt gegen das preussische Vereinsgesetz, sondern in einem Punkt eher einen Rückschritt. Es besteht die Gefahr, daß den Arbeitergewerkschaften, Bildungs-, Unterhaltungs- und Sparvereinen dadurch, daß man sie als politische Vereine, mit Hilfe des Jugendparagrafen der Rachwuchs abgegrenzt wird. Die Gewerkschaften müssen die Möglichkeit haben, sich zu betätigen, ohne irgendwelchen Beschränkungen unterworfen zu sein. Wir verlangen wir in unserem Namen, daß man sich von dem Reichskanzler, dem Reichstag und dem Reichsausschuß wissen will. Ich bitte Sie, so zu beschließen. Wir betonen es nicht als eine Ehre, daß das große deutsche Volk den in seinen Grenzen lebenden Brüdern anderer Nationen nicht völlige Freiheit in der Erörterung öffentlicher Fragen geben soll. Ein freies Volk, wie wir Deutschen es sind, muß imstande sein, jedem den Gebrauch seiner Muttersprache auch in Vereinen und Versammlungen zu garantieren. Der Jugendparagraf hat sich als eine ganz böse und aufreizende Ungerechtfertigkeit erwiesen, die beseitigt werden muß. Wenn das Vaterland den Stützpunkten zur Verteidigung ruh, muß er auch das Recht haben, sich über die Einrichtungen des Vaterlandes zu unterrichten. (Zehr wahr!) Die Gewerkschaften, an denen man im Beginn war eine Dohr-Tüchlein-Kur vorzunehmen haben sich als wahre Stütze des Vaterlandes erwiesen. (Zehr wahr!) Wir verlangen für die Gewerkschaften und die Arbeitervereine nicht eine Bezahlung für die Hilfe, die sie dem Vaterland geleistet haben, sondern wir verlangen bloß, daß der Staat ihnen Hilfe zur Verteidigung des Vaterlandes und der empfindlichsten Hilfe, alles zu tun, was dazu nötig ist, sich jetzt während des Krieges auch auf der andern Seite leisten zu. (Beifall links.)

Abg. Reichling (Kathol. Sp.) schließt sich dem Vordränger an. Staatssekretär Dr. Delbrück: Die hinter uns liegende Stunde wird für jeden

eine Stunde bitterer Erinnerung

sein, nicht nur wegen der verhängenen Form der Rede des Abg. Ledebour, sondern auch weil seine Kritik sich gegen die Kriegsführung des Reiches richtete. (Lebh. wüthend. Beif.) Ich bin der Meinung, daß die Erinnerung an den herrlichen 4. August die Erinnerung an das Sangspiel überdauern wird, das wir heute erleben. (Zehr wahr!) Zur Lösung gesetzgeberischer Probleme auf dem Gebiet der letzten Politik werden wir jetzt nicht kommen. Das Vereinsgesetz mag ein Ausnahmengesetz sein, aber für das Reichsvereinsgesetz gilt das nur formal. Ich kann heute noch nicht sagen, ob und wie es geändert werden kann. Jedenfalls werden wir aus dem Ver-

halten der Parteien alle gesetzgeberischen Folgen ziehen. Ich bin der Meinung, daß Vereine nur weil sie sich mit politischen Angelegenheiten beschäftigen, deshalb noch nicht zu politischen Vereinen werden. (Abg. Heine: Die Judikatur sagt das Gegenteil!) Die Gewerkschaften haben in erster Linie wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen, ohne die unser Wirtschaftsleben — das hat uns der Krieg gezeigt — nicht mehr denkbar ist. Es wird später zu prüfen sein, ob das Ziel einer besseren Rechtsstellung der Berufsvereine durch eine Abänderung des Vereinsgesetzes oder zweckmäßiger durch ein eigenes Gewerkschaftsgesetz erreicht wird. Der

Belagerungszustand kann nicht entbehrt werden.

Die Verantwortung dafür, daß er verhängt wird, trägt der Reichskanzler, aber für alle Handlungen der Militärbehörden unter dem Belagerungszustand ist er nicht verantwortlich. Zu den Aufgaben der Militärbehörden gehört es, darauf hinzuwirken, daß alle Gesetze beobachtet werden.

Nur die vorkommende, nicht die gesetzgebende Gewalt geht auf die Militärbehörden über. In der Ausführung sind sie an die Gesetze gebunden. Natürlich ist diese Ausführung für Männer nicht ganz leicht, die sonst mit reinen Dingen nichts zu tun haben. Im großen und ganzen haben sich die stellvertretenden Kommandierenden Generale gut eingearbeitet; es ist ihnen auch mitunter der Dank der Bevölkerung von Angehörigen der Sozialdemokratie ausgebrochen. Die Kommission war einig, daß die Zensur nicht zu entbehren ist, nur über ihren Umfang wurde gestritten. Es mag ja

manche Absonderlichkeit vorgekommen

sein, die wir weder vertreten können noch wollen, im allgemeinen aber hat ihre Handhabung den Wünschen entsprochen, die bislang geäußert werden konnten. Die Pressezensur bechränkt sich auf das unbedingt Notwendige und ist beschränkt, vorzüglich zu arbeiten und die wirtschaftlichen Interessen der Presse zu wahren. Mißstände liegen an dem Mangel eines Gesetzes und an dem Fehlen einer Zentralstelle. Dieses Gesetz kann jetzt während des Krieges nicht erlassen werden.

Wir haben alle umgeleert und lernen täglich Neues. Wir haben erkannt, daß wir reicher sind, als wir geglaubt haben, in materieller Beziehung an Organisationskraft und vor allem ethisch. Dieser Krieg hat uns die Lehre gebracht, daß sich Abg. Ledebour und seine Freunde nicht haben einsehen können, daß die Liebe zum deutschen Vaterland ein unerwärtetes, heiliges Gut jedes Deutschen

ohne Unterschied der Abstammung, Konfession und Partei

ist. (Lebh. Beifall.) Was uns im Frieden getrennt hat ist in den Kriegen getreten. Wenn Kritik geübt wurde, so immer in erster Sorge für das Vaterland. (Lebh. Beifall.) Es ist ein unvergänglicher Erfolg, daß wir hier im deutschen Vaterland so verhandeln können. Der Gang Ihrer Verhandlungen hat nicht nur die Regierung für ihre schwierigen Aufgaben gestärkt, sondern wird unsern Feinden auch die wirtschaftliche und moralische Unüberwindlichkeit des deutschen Volkes lehren. (Lebh. Beifall.) Die Erinnerung an die warmen Worte des Abgeordneten Scheidemann, die er im Namen seiner Fraktion gesprochen hat, wird fester sein als die Erinnerung an das, was die Abgeordneten Ledebour und Liebknecht gesagt haben. (Lebh. Zustimmung.) Wenn wir Geduld haben und die Erkenntnis dieser großen Zeit bewahren und pflegen, so werden wir nach dem Friedensschluß die Wege finden, die in Gesetzgebung und Verwaltung zu gehen sein werden, zum Segen des deutschen Vaterlandes. (Lebh. Beifall.)

Alle Resolutionen und Anträge

der Budgetkommission werden angenommen, jedoch das Verbot der Verwendung von Obit und Jucker zur Herstellung von Spiritus und das völlige Verbot der Schnapsbrennerei abgelehnt. Nur das Verbot der Spiritusverzeugung aus Getreide findet Annahme. Bei der Abstimmung über die Beilegung der Ausnahmengesetze enthalten sich Konservative, Rationalliberale, Reichspartei und Wirtschaftliche Vereinigung der Abstimmung.

Vizepräsident Dove erteilt dem Abgeordneten Ledebour nachträglich den Ordnungsruf wegen der Stelle von den schlußmüden Hochparolieren, die die Effläßer und Polen in die Arme unserer Feinde treiben. Damit ist der Etat des Innern erledigt.

Der Kolonialetat wird nach kurzen anerkennenden Worten der Berichterstatter für die ausgezeichnete Haltung der deutschen Bevölkerung, der Schutztruppe und der meisten eingeborenen Stämme in in untern Kolonien bewilligt, ebenso debattelos der Marineetat, der Etat des Reichsjustizamts, desgleichen der Etat des Reichsfinanzamts, nachdem Reichsjustizsekretär Dr. Helfferich unter lebhaftem Beifall mitgeteilt hat, daß sich nach den bisherigen Zeichnungen erwarten läßt, daß auf die neue Kriegsanleihe mehr als 7 Milliarden Mark gezeichnet sind. — Nach Erledigung der übrigen Etats verlegt sich das Haus vor Beratung des Etatsgesetzes auf 2 Stunden. Die Sozialdemokraten und Konservern treten zu Fraktionsitzungen zusammen.

Um 5 Uhr wird die neue Sitzung eröffnet und nach debattelofer Erledigung des Etatsgesetzes wieder geschlossen. —

Um 6 Uhr findet die

Schlusssitzung

statt. Nachdem das Haus das Mandat des Abg. Wetterik für erledigt erklärt hat, beginnt die dritte Lesung des Etats.

In der Generaldebatte gibt

Abg. Scheidemann

namens der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung ab:

Die Gründe, die für uns maßgebend waren, den Kriegskrediten am 4. August und 2. Dezember zuzustimmen, bestehen unverändert fort. Wir haben nach den großen bewundernswerten Leistungen unserer Truppen (mit erhobener Stimme) und ihrer Führer (lebhafter Beifall) das feste Vertrauen, daß es gelingen wird, zu einem ehrenvollen und dauernden Frieden zu kommen. (Erneuter leb. Beifall.) Zur Bekräftigung unserer festen Willens, dieses Ziel in unerschütterlicher Einigkeit mit unserm Volke zu erreichen, werden wir dem diesmaligen Etat unter Zustimmung... (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Graf Westarp (konf.): Im Namen meiner Freunde stelle ich mich Bedauern fest, daß in der Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion keine ausdrückliche Mißbilligung der Vorgänge von heute vorzutragen vorhanden ist. (Anruhe links, Jurufe b. d. Soz.) (Aberhört!) Der heute vorzutragende Antrag gegen den hochverehrten Führer unserer Truppen im Osten, den Generalfeldmarschall von Hindenburg. Die Zustimmung zum Etat, der die neue Kriegsanleihe enthält, ist die einfachste Pflicht eines jeden Mitglieds dieses Hauses. (Zehr richtig! rechts. Anruhe links.) Das Volk würde es nicht verstehen, wenn irgend jemand im gegenwärtigen Augenblick dem Vaterlande die Mittel verweigern wollte, die es zur Wiedererlangung der Grenze braucht. (Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. Wassermann (natl.): Nachdem in der heutigen zweiten Lesung die einstimmige Einigkeit der Fraktionen gekommen ist durch den Juristenrat, den wir auf heute bedauern und dessen ausdrückliche Mißbilligung auch wir gewünscht hätten, sind wir umso mehr erfreut darüber, daß auch diese Tagung mit einer einstimmigen Kundgebung für die bewundernswürdigen Leistungen unserer Truppen und ihrer Führer und mit dem Ausdruck eines festen Vertrauens abschließt. (Bravo!) Einig und geschlossen bewilligt der Reichstag den Etat und damit weitere 10 Milliarden für die Kriegsführung. Mögen unsere Freunde daraus den unbegleiteten Entschluß des deutschen Volkes entnehmen, durchzuhalten und unter Erzeugung von Blut und Tod den entgeltigen Sieg zu erringen. (Lebh. Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Fischbeck (Sp.): Wir halten es nicht für notwendig, nochmals auf den Zwischenfall zurückzukommen, um so weniger, als uns in diesem Augenblick die Freude über die Einmütigkeit des deutschen Volkes besetzt.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Keine Fraktion ist für den Zwischenruf eines einzelnen Abgeordneten verantwortlich. Aber jede Fraktion und insbesondere meine Fraktion muß es ablehnen, sich von einer andern Fraktion Zensuren erteilen zu lassen.

(Sehr richtig! links und im Zentrum.) Uebrigens stelle ich gegenüber dem Grafen Westarp fest, daß Herr Ledebour nach dem Stenogramm kein Wort gegen den Generalfeldmarschall Hindenburg gesagt, sondern ihn ausdrücklich gelobt hat. (Zehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der Sache selbst habe ich bereits in meiner Rede vor vorgestern zum Ausdruck gebracht, daß wir den Vorwurf der Barbarei gegen unsere Truppen, von welcher Seite er auch kommen mag, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. (Lebhafte Beifall.)

Die neue Anleihe.

Reichsfinanzsekretär Dr. Helfferich: Nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen ist bei der Zeichnung der neuen Kriegsanleihe die siebente Milliarde übererfüllt. (Lebhafte Beifall.) Der Kredit von 10 Milliarden ist von dem ganzen deutschen Volke genehmigt. (Bravo!) Sie können mit dem Bewußtsein nach Hause gehen, daß wir in dem uns aufgezwingenen Handels- und Hungerkrieg auf die wohlgeordnete und selbstgestaltete deutsche Volkswirtschaft ebenso vertrauen können wie auf das gute deutsche Schwert, auf Gott, unser reines Gewissen, unser gutes Recht und die unzertrennbare Stütze des deutschen Volkes. (Stimmlicher Beifall.)

Abg. Dr. Spahn (Str.) dankt den im Reiche Zurückgebliebenen, die ihre Schuldigkeit gegen das Vaterland vollkommen erfüllt haben. (Beifall.)

Darauf wird der Etat in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Abgg. Dr. Liebknecht und Kühle angenommen.

Präsident Dr. Kaempf erteilt und erhält die Entschuldigungen, am 1. April, dem 100. Geburtstag von Bismarck namens des Reichstags einen Kranz an dessen Denkmal niederzulegen. Mit warmen Worten der Anerkennung für das Meer schließt der Präsident seine Ausführungen.

Staatssekretär Dr. Delbrück verliest die Verordnung betreffend Verlegung bis zum 18. Mai.

Präsident Dr. Kaempf schließt die Sitzung mit einem Hoch auf Kaiser, Volk und Vaterland. —

Aus der Verlustliste Nr. 179.

- Infanterie-Regiment Nr. 26.
 - 1. Kompanie: Uffz. d. Ref. Hans Eichhorn, Bittau, nicht berm., gefallen 8. 10. 14. Musk. Heinrich Hinz, Hortsheide, leichtw. Musk. Karl Jung, Seehausen (Wangleben), leichtw.
 - 2. Kompanie: Gefr. d. L. Lüdemann, Weierlingen, leichtw. Kriegsfhr. Friedrich Herbig, Graf. Ebersleben, leichtw.
 - 3. Kompanie: Ref. Gustav Treher, Magdeburg, leichtw. Gefr.-Ref. Gustav Meier, Biederitz, leichtw. Kriegsfhr. Heinrich Zedde, Halberstadt, gefallen. Gefr. d. L. Ernst Schütte, Tangermünde, schwerw.
 - 4. Kompanie: Uffz. d. Ref. Aug. Thies, Kölsitz, leichtw. Gefr. d. Ref. Aug. Meinert, Roglau, leichtw.
- Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 26.
 - 5. Kompanie: Wehrm. Aug. Riffel, Köstau, schwerw.
 - 6. Kompanie: Ref. Friedr. Wagner, Sachsenhausen, schwerw. Gefr. d. L. Berni. Meiner, Königsau, leichtw. Gefr.-Ref. Karl Gasquet, Halle, leichtw.
 - 8. Kompanie: Uffz. d. Ref. Otto Finnehoffel, Bernburg, leichtw. Gefr.-Ref. Otto Raubold, Blankenheim, leichtw. Gefr.-Ref. Karl Heider, Rappin, schwerw. Wehrm. Joh. Rindfleisch, Dammberg, schwerw. u. verm.
- Landsturm-Bataillon Achtersleben.
 - 2. Kompanie: Uffz. Fritz Gernard, Eichendorf, schwerw. Gefr. Otto Lemannik, Schlich, gefallen. Wehrm. Gust. Rindhardt, Schraplau, leichtw. Wehrm. Robert Weinde, Ströfurt, schwerw. verwundet.
- Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiment Nr. 2. Berichtigungen: Gren. Franz Weder (5. Komp.), Magdeburg, bisher berm., ist gefangen. Ref. Karl Schildberg (12. Komp.), Achtersleben, bisher berm., ist gefangen.
- Grenadier-Regiment Nr. 3. 6. Kompanie: Gren. Hermann Fischer, Neuwegerleben, gefallen.
- Grenadier-Regiment Nr. 5. 11. Kompanie: Freim. Otto Bümann, Magdeburg-E., leichtw.
- Landwehr-Grüch-Regiment Nr. 5. 1. Kompanie: Uffz. Stelb. Friedrich Huth, Osterwed., verm. 2. Kompanie: Gefr. Albert Schröder, Gräben, verm. 3. Kompanie: Wehrm. Albert Schulz, Görzke, gefallen. 4. Kompanie: Wehrm. Friedrich Blankenburg, Budau (Kr. Jerichow), gefallen; Wehrm. Adolf Schmidt, Niesebod., verm.
- Infanterie-Regiment Nr. 20. 6. Kompanie: Gefr.-Ref. Hans Neudorf, Burg, leichtw.
- Infanterie-Regiment Nr. 22. 12. Kompanie: Musk. Erich Jürges, Köpze, schwerw.
- Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 35. Berichtigung: Wehrmann Hermann Lehrling (12. Komp.), Magdeburg, bisher berm., in Gefangn.
- Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 49. 2. Kompanie: San.-Uffz. Albert Kauer, Althalze, leichtw.
- Infanterie-Regiment Nr. 57. 7. Kompanie: Gefr.-Ref. Jatz. Loeb, Achtersleben, leichtw.
- Infanterie-Regiment Nr. 61. 1. Kompanie: Musk. Heinrich Mann, Magdeburg, leichtw.; Musk. Karl Scheel, Alben, leichtw.; Musk. Paul Schmidt, Magdeburg, leichtw. 2. Kompanie: Musk. Erich Schellmann, Langenweddingen, leichtw. 6. Kompanie: Musk. Willi Meisenberg, Stegeln, leichtw. 8. Kompanie: Musk. Franz Wilke, Königsau, gefallen; Musk. Otto Jasniak, Köpze, leichtw. 9. Kompanie: Musk. Erich Gieseler, Harpie, leichtw. 10. Kompanie: Musk. Paul Gohse, Magdeburg, leichtw.; Musk. Karl Greulich, Magdeburg, leichtw. 11. Kompanie: Musk. Wilhelm Paul, Järentz, leichtw.
- Infanterie-Regiment Nr. 67. 1. Kompanie: Freim. Max Hertel, Magdeburg, gefallen; Freim. Karl Maack, Wangleben, gefallen.
- Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 75. 2. Kompanie: Uffz. Adolf Kieding, Winterfeld, leichtw.
- Infanterie-Regiment Nr. 93. 6. Kompanie: Musk. Johann Knopp, Kötzleben, gefallen.
- Infanterie-Regiment Nr. 97. 10. Kompanie: Freim. Hermann Kassa, Magdeburg, leichtw. 11. Kompanie: Sergt. Richard Götte, Froie, leichtw.
- Infanterie-Regiment Nr. 135. 7. Kompanie: Uffz. Max Ebeling, Röderburg, leichtw.; Musk. Albert Kluge, Erdringen, leichtw. 8. Kompanie: Gefr.-Ref. Otto Könnede, Bernigerode, schwerw. verwundet.
- Infanterie-Regiment Nr. 173. 10. Kompanie: Musk. Karl Scheinhardt, Bernigerode, leichtw.
- Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 262. 2. Kompanie: Gren. Walter Dietrich, Salzwedel, leichtw.; Gren. Otto Schindelbauer, Görzke, leichtw.
- Brigade-Grüch-Bataillon Nr. 11. 2. Kompanie: Uffz. Gün. Dames, Wollin, leichtw.
- Brigade-Grüch-Bataillon Nr. 20. 4. Kompanie: Musk. Ariur Lück, Weilsleben, verm.
- Brigade-Grüch-Bataillon Nr. 33. 1. Kompanie: Wehrm. Wilhelm Wiegand, Magdeburg, leichtw.
- Jäger-Bataillon Nr. 7. 3. Kompanie: Uffz.-Stellw. Fritz Mulkau, Magdeburg, leichtw.
- Fußartillerie-Regiment Troemer. 6. Batterie: Obergef. Paul Nebelung, Warby, leichtw.
- 1. Pionier-Bataillon Nr. 11. 1. Feldkompanie: Pionier Walter Hornung, Magdeburg, schwerw.
- 1. Pionier-Bataillon Nr. 27. 3. Feldkompanie: Uffz. Wilhelm Hochgräfe, Grok-Rosenburg, schwerw. Pionier Robert Becker, Eulsdorf, leichtw.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg den 22. März 1915.

Frühlingsanfang.

Mit einem prächtigen, milden und vor allen Dingen trocknen Tage nahm der lehnfüchtig erwartete Frühling am Sonntag einen vielversprechenden Anfang. Es war nur zu selbstverständlich, daß die Menschen nach den Monaten schlechten Wetters in Massen hinausgingen, um sich in frischer Luft und unter dem wolkenlosen Himmel ergehen zu können. Waren auch der beliebte Perzentzug mit dem benachbarten Neumvielerweg wegen für die Ausflügler geschlossen, so gab es doch noch Anlagen und Waldpartien genug, die zu dem genannten Zwecke völlig ausreichten. Wie durch ein Wunder sind die noch vor wenigen Tagen vorhandenen schmutzigen Schneeflächen in der Stadt und vor den Türen verschwunden. Dies und da legen nur noch einige geringe Ueberbleibsel Zeugnis davon ab von der Anke des in Schneeform gekleideten weißen Segens, der uns Menschen in der letzten Zeit in überreichem Maße zuteil geworden war.

Neugierig blicken die sogenannten Käyken an den Büschen in die über Nacht lau gewordene Frühlingsluft und jähren bei jedem Herannahen der bösen Menschen um ihr junges Leben. War auch die Stimmung der in Wald und Flur sich ergehenden Menschen begreiflicherweise nicht so, wie sie sonst am Frühlingsanfang zu sein pflegt, so war sie doch einen Schein freundlicher, weil der beginnende Frühling so lieblich und freundlich einlegte. Keiner wird die bessere Jahreszeit heißer herbesuchen als unsre braven Kämpfer im Felde. Möge für sie die höher steigende Sonne auch die Zeit herbeistimmen lassen, wo der allgemeine Frieden sie den lieben Strigen in der Heimat wieder zuführt.

Schont die knospenden Sträucher! Seit alljährlich beim eintretenden Frühling ist die Beobachtung zu machen, daß fast jeder dritte Mensch, der von irgendeinem Ausflug zurückkommt, die Hände voller halbentwickelter Frühlingsboten hat. Dies war besonders am gestrigen Sonntag wahrzunehmen, wo man Leute sehen konnte, die besonders die jungen Triebe der Weidensträucher mit den beliebten Stäbchen geplündert hatten. Wir sahen eine Anzahl von schulpflichtigen Jungen, die auf dem Nachhausewege mit den abgerissenen Sträuchern erst Fächerkunststücke ausführten und, nachdem die Stäbchen abgefallen, die letzten Ästen achlos wegwarfen. Nur den Naturfreund ist es im höchsten Maße betüdelnd, wenn er sieht, wie die sprießenden Sträucher ihrer im Reizgeschmack prägenden Früchte beraubt sind. Mögen die Lehrer in den Schulen, mägen Vorkinder und Eltern ihre Pflegebefohlenen immer und immer wieder auf das Unschöne und Verwerfliche ihres Tuns aufmerksam machen, damit der Vandalismus gegen die Frühlingsboten in Feld, Wald und Mar ein Ende nimmt.

Die 7. Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung findet am Donnerstag, 25. März, nachmittags 4 Uhr, im Rathhaus statt. Für die öffentliche Sitzung sind nur 12 Verhandlungsgegenstände festgelegt. Darunter befinden sich die Haushaltspläne des Hoch- und Tiefbaues, der Allgemeinen Verwaltung, der Räumlichkeiten, der Bericht des Ausschusses für die Vorlage betreffend einheitliche Verordnungen des Leucht- und Kochgases für Wohnungen mit mehr als zwei Leuchtöffnungen, Herstellung von vier Vertikalofen mit Kohlen- und Koksförderung im städtischen Gaswerk u. a. m. Außerdem wird der Magistrat durch den Stadtv. Müller — Mitteilungen von dem einseitigen Abschluß seiner Haushaltsplan-Beratungen machen lassen.

Leicht verderbliche Waren (frische Wurst, Obst, Butter usw.) dürfen, wie die Postverwaltung wiederholt, auch im Wertblatt für Feldpostsendungen, mitgeteilt hat, nicht in Feldpostbriefen verpackt werden. Gleichwohl enthalten viele Feldpostpäckchen noch immer dergleichen Lebensmittel. Da es der Krieg mit sich bringt, daß dauernd ein Teil der Feldpostsendungen im Felde unanbringlich wird, weil die Empfänger gefallen, vermisst oder verwundet sind, ist es unvermeidlich, daß der Inhalt solcher Feldpostpäckchen, wenn er in Butter, frischer Wurst usw. besteht, ungenießbar wird und verdirbt. Dasselbe tritt bei den Feldpostsendungen mit leicht verderblichem Inhalt ein, die, wie beispielsweise gegenwärtig auf dem östlichen Kriegsschauplatz, infolge der militärischen Operationen unter Umständen längere Zeit unterwegs sein müssen, bis sie die Empfänger erreichen. Es ist klar, daß diesen der Empfang überreichender Päckchen usw. mehr Schmerz als Freude bereitet und daß es weder für die Feldpostbeamten noch für den Truppenteil eine angenehme Aufgabe ist, sich mit solchen Sendungen befassen zu müssen. Vor allem aber wird auf diese Weise viel Geld ganz unnütz ausgegeben sowie zum Nachteil der Volksernährung mit Lebensmitteln vergewandert. Das Publikum wird deshalb erneut dringend ersucht, sich nach der postlichen Vorschrift zu richten und von der Versendung leicht verderblicher Lebensmittel nach dem Felde unter allen Umständen abzuheben.

Uebertretung der Höchstpreisvorschriften. Der Kaufmann Karl Herder von hier verkaufte in seiner Mehlbude in der Zeit vom 1. bis zum 13. Februar d. J. fortwährend das Feinstmehl für 20 Pf., während der angeordnete Höchstpreis nur 19 Pf. betrug. Der Angeklagte wurde am Sonnabend vom hiesigen Schöffengericht wegen Uebertretung der Bestimmungen des Magistrats der Stadt Magdeburg vom 29. Januar d. J. zu 6 Mark Geldstrafe eventuell 2 Tagen Gefängnis verurteilt.

Fliehende Mädchen. Die Schülerinnen unserer städtischen Bürger- und Volksschulen haben unter der Leitung der Handarbeitslehrerinnen in den acht Monatsmonaten für unsre im Felde stehenden Krieger gearbeitet: 11 201 Paar Strümpfe, 3294 Paar Mäntelchen, 3236 Paar Ohrenwärmer, 1388 Schuhe, 1947 Seifenlappen, 353 Lungenwickler, 91 Halstücher, 250 Paar Fußlappen, 4 Jacken, 164 Mützen, 629 Zunder-Deckenbeutel, 375 Verhäter, 335 Lazerbinden, 8266 Paar Fußwärmer, 2140 Paar Handtische, 1328 Fellebender, 890 Zwickbinden, 146 Hemden, 66 Taschenmesser, 75 Schläpfer, 69 Paar Einlegeböden, 4 Decken, 5653 Nähbehalter mit Inhalt, 1030 Tabakbeutel, 343 Lazerstiften, 45977 gefüllte Schärpchenbeutel. Das Material zu diesen Liebesgaben ist in der Hauptsache durch die unermüdete Opferwilligkeit der Eltern der Kinder beschafft worden.

Gezogen wurden am 20. d. M. vormittags aus einer Fabrik am Sudenburger Bahnhof ein dunkelgrauer Ulster mit Kragen, in der Zeit von 1 bis 6 Uhr nachmittags in einer Fabrik in Buckau aus dem unverschlossenen Schrank ein Fortemonnaie mit 118 Mark (der Dieb wurde als ein dort arbeitender Soldat ermittelt); gegen 11 Uhr abends im Barthele 3. und 4. Klasse des Handwerks eines Arbeiter aus der Zuckerraffinerie ein Brustbeutel mit etwa 17 Mark; in der Zeit vom 20. nachmittags 5½ bis 21. morgens 6½ Uhr aus einem gemeinschaftlichen Zimmer in der Wangelbe Straße eine große Herrentrennwäsche aus Nickel eine elektrische Tischlampe und ein Paar fast neue schwarze Schnürstiefel (als Täter kommt ein angeklagter Vater Paul Heider in Frage, der mit dem Bestohlenen zusammen wohnte und sein Logis heimlich verlassen hat); in der Nacht vom 21. aus einer Schankwirtschaft in der Berliner Straße unter erschwerten Umständen vier Flaschen Liköre, sechs Flaschen Zett (Kupferberg Gold), neun Flaschen Rhein- und Moselwein und aus einem Automatensaal etwa 20 Mark Zehnmarkstücke; in derselben Zeit aus einem Geschäft in derselben Straße und gleichfalls unter erschwerten Umständen mehrere Dutzend Schokolade und aus einem Automatensaal eine Anzahl Zehnmarkstücke, aus einer verschlossenen Kasse die sich auf einem Ackerfeld an der Hindenburgstraße befindet, drei große ausländische Kaninchen.

Verbesserungen im Gaswerk. Die fortschreitende Entwicklung und Vermehrung der Gasabgabe zwingt dazu, rechtzeitig für die erforderliche Anzahl von Gasentwicklungsöfen zu sorgen. Die Abgabe von Gas erreichte im Dezember 1914 das Maximum, nämlich in 24 Stunden 90 000 Kubikmeter. Nach der Meinung des Magistrats ist es dringend notwendig, die Leistung durch Verbesserung der Ofenanlage zu vermindern. Dies soll zweckmäßig dadurch geschehen, daß in dem Eisenhaus 3 des Gaswerks ein Block von sechs Schmelzöfen durch Vertikalöfen ersetzt wird. Im Zusammenhang mit dem Eisenbau selbst steht eine Koksförderungsanlage um die ankommenden und auf Lager befindlichen Kohlen zu brechen und in die auf den Ofen befindlichen Kohlenbunker zu bringen, ferner eine Koksförderungsanlage, die den aus den Retorten fallenden glühenden Koks abzuleiten, in den vorhandenen Koks-Hochbehälter und zu den Verladestellen zu bringen hat.

Im Vorbereitung und Montage dieser beiden Transporteinrichtungen muß mit Rücksicht auf den Kriegszustand den mit der Herstellung betrauten Firmen eine Zeit von 15 Monaten gewährt werden. Es ist daher eine rechtzeitige Auftragserteilung und eine pünktliche Annehmung der Arbeiten eine Bedingung für die rechtzeitige Beendigung der Bauarbeiten. Die Kosten für den Eisenbau betragen nach dem Anschlag etwa 500 000 Mark, die den Einbautenbetriebs des Gaswerks entnommen werden sollen. Die Stadtverordneten werden um ihre Zustimmung ersucht.

Warnung vor einem Logischwindler. Am 18. d. M. hat ein sich Paul Pfeiffer nennender Mann, der aus Mühlhausen in Thüringen sein wollte, in der Dreiecksplatzstraße ein möbliertes Zimmer gemietet und im Laufe des Gesprächs angegeben, er habe auswärts bei einer Witwe gewohnt (daher dieser noch 15 Mark für Logis und für seine einen Koffer mit Sachen zumbehaltene Sachen habe sie jetzt mit der Eisenbahn per Nachnahme erwidert und bündige er zum Einlösen 15 Mark bei ihm selbst mehre und als Sicherheit dem Fahrlohn 15 Mark nehmen könne. Da der Mann aber nur einen Zwanzigmarkstück hatte, übergab sie diesen dem Unbekannten, der sich aber nicht wieder hat sehen lassen. Das ebenfalls gestohlene Fahrrad ist Marke „Mer“ und hat die Fabriknummer 349053. Der Betrüger ist etwa 28 Jahre alt, 1,76 Meter groß, kräftig, hat kleinen rötlich-blonden Schimmer, volles rundes Gesicht und gesunde Gesichtsfarbe. Er trägt dunkelblaue Hosen mit blankem Schirm, dunkelgrauen Ueberzieher und dunkel gefärbte Hosen.

Selbstmord. Am Sonnabend nachmittag gegen 4½ Uhr wurde die 24 Jahre alte Witwe Marie Schmidt in ihrer Wohnung in der Magdeburger Straße erhängt aufgefunden. Was die alte Frau in den Tod getrieben hat, ist nicht bekannt.

Konzerte, Theater u.

Mitteilungen der Direktoren.

Konzert im Dom. Am Donnerstag den 25. März, abends 8½ Uhr findet im Dom bei freiem Eintritt wieder ein Konzert statt, veranstaltet von Fräulein Elisabeth Hoffmann (Gesang) Herrin Edith Mühlendirektor Professor Kochhammer (Orgel) und Herrin Mothe (Geige). Eine Kasse für den Verkauf der Krieger-Blumenpreise.

Stadttheater. Der Spielplan dieser Woche dürfte dem verheirateten Gemahl des Publikums gerecht werden. Am Dienstag, 24. März, findet im Dom bei freiem Eintritt wieder ein Konzert statt, veranstaltet von Fräulein Elisabeth Hoffmann (Gesang) Herrin Edith Mühlendirektor Professor Kochhammer (Orgel) und Herrin Mothe (Geige). Eine Kasse für den Verkauf der Krieger-Blumenpreise.

Wilhelm-Theater. Wochenplan. Montag: Der Graf von Luxemburg. Dienstag: Doppelgänger Matthias Meyers und Elise Werbach. Ein Walzertraum. Mittwoch: Gold gab ich für Eisen. Donnerstag: (Waldspiel) Matthias Meyers. Der Graf von Luxemburg. Freitag: Die Festschritt. Sonnabend: (Waldspiel) Matthias Meyers. Die Festschritt. Sonntag nachmittag: Die Festschritt, abends: Der Graf von Luxemburg. Montag den 29. März, zum erstenmal: Endlich allein, große Operette von Franz Lehár (Ehrenabend für Paul Stampf), bedeutendster Wert der Neuzeit.

Zentraltheater. Am Sonnabend nachmittag wird „Immer noch da“ zum letzten Male zur Aufführung gebracht. Ebenso wird während dieser Vorstellung das reichhaltige Erinnerungsalbum zum letzten Male verteilt werden. Die Feste der Jurbanon geht allabendlich mit dem denkbar größten Erfolg in Szene. Beifalls- und Lachstürme wechseln ununterbrochen miteinander ab.

Gerichts-zeitung.

Kaufmannsgericht Magdeburg.

Unliebchame Folgen der Erregung. Bei der Firma Kaffeehandlung Regina in A. als Geschäftsführer tätig. Es war ihm infolge seiner Stellung leicht, seinen Unkel dort als Buchhalter unterzubringen. Dieses nahe Verwandtschaftsverhältnis konnte jedoch nicht hindern, daß Unkel und Nefte eines Tages wegen eines Wortwechsels so in Erregung gerieten, daß sie sich gegenseitig schwer beleidigten und der Nefte den Unkel mit Schmutz besudelte und ihn dann vor die Tür setzte. Auf dem Kaufmannsgericht haben sich die Verwandten, die inzwischen unversöhnliche Feinde geworden sind, wieder. Der Unkel forderte wegen unberechtigter Entlassung eine Gehaltserschädigung von 350 Mark. Weil der Nefte demnach zum Militär eingezogen wird und die Sache vorher erledigt wissen möchte, willigte er in einen Vergleich von 175 Mark, den auch der Unkel annahm; seine Mehrforderung ließ er fallen.

„Mein Verstoß gegen die guten Sitten“. Bei der Firma Mansfeld & Co. war der Kontorist K. als Jockey tätig. Nach Ausbruch des Krieges ließ er sich, in dem Glauben, daß das Geschäft durch den Krieg leiden würde, 70 Mark von seinem Gehalt kürzen. Da die Firma aber auch während des Krieges gute Geschäfte macht, weil sie Seereschiffungen hat, hat K. die Gehaltsreduktion für einen Verstoß gegen die guten Sitten und klagt auf Nachzahlung des abgezogenen Gehalts von 210 Mark. Der Vorsitzende erklärte aber dem Kläger, daß die Handlung der Beklagten keineswegs ein Verstoß gegen die guten Sitten sei und daraufhin ließ sich der Kläger bewegen, seine Klage zurückzuziehen.

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Siedersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Halberstadt, 22. März. (Gewerkschaftskartell.) In der Sitzung des Kartells, die am 18. März stattfand, lag die Jahresabrechnung für 1914 vor. Die Abrechnung schließt bei einem Kassensstand von 1190,13 Mark in Einnahme und Ausgabe mit 551,32 Mark ab. An Beiträgen wurden geleistet für das Kartell 1459,46 Mk. und für das Sekretariat 2597,32 Mark. Beim Punkte Gewerkschaftliches beiprägte Genosse Schulze die zunehmende Teuerung. Er regte an, überall da, wo es irgend möglich ist, Teuerungszulagen zu beantragen. Mit der Kaiserung der Beiträge für die Textil- und Steinseilgewerkschaft wurde Genosse Schwarze betraut und an seine Stelle ein anderer Genosse in den Jugendausschuß gewählt.

(Das städtische Steuerbureau.) Dompropst - Gebäude, ist bis zum 25. April an den Nachmittagen für den öffentlichen Verkehr geschlossen.

(Aktionen der Kriegervereine.) Die männlichen und weiblichen Kriegervereine, die bei jedem Transport Verwundeter zur Stelle sind, haben sich das ausdrückliche Bitten der bedauernswerten Opfer des Krieges noch nicht abgewöhnen können. Der Magistrat stellt sich daher wieder einmal zu folgender Mahnung bereit:

In letzter Zeit ist vielfach wahrgenommen worden, daß bei Antritt von Verwundeten die Verwundeten in wenig schöner Weise durch Aufhaken belästigt und das Sanitätspersonal in seiner Tätigkeit stark behindert worden ist. Ein derartiges Verhalten paßt nicht zu dem Ernst unter Zeit. Von der patriotischen Gesinnung eines jeden wird daher erwartet, daß die Vorfälle für die Folge unterbleiben. Bemerkung wird noch, daß die militärischen und Polizeiposten nunmehr angewiesen worden sind, jede Person, die sich ihren Anordnungen nicht sofort fügt, sofort festzunehmen, worauf dann die Einleitung eines Strafverfahrens folgt.

Hoffentlich wird diese Androhung die erwünschte Wirkung haben und die Gasse von den Verwundeten transporten fernhalten.

(Muechlicher Handwerker.) In der Herberge zur Heimat vertrat der Hausdiener Ludwig Möller den zum Militär eingezogenen Herbergswater. Das ihm geschenkte Vertrauen mißbrauchte er, indem er die Kasse um verschiedene Beträge entleerte. Als er mit der Herbergswater Streit bekam, verließ er die Stellung und verwendete vorher aus der Kasse 40 Mark. Das Landgericht verurteilte den Angeklagten, der den Diebstahl in Abrede stellte, zu einem Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

(Kriegsanleihe.) Bei der städtischen Sparkasse sind auf die zweite Kriegsanleihe 4½ Millionen Mark gezeichnet worden. Die Stadt und die Sparkasse selbst haben bei diesem Betrag je 1 Million Mark gezeichnet und von 1800 Sparern sind 2 511 000 Mark gezeichnet worden.

(Verkaufte Mützen.) Weil sie ohne polizeiliche Erlaubnis ihre Arbeitsstelle verlassen haben, hatten sich die aus Klusland stammenden landwirtschaftlichen Arbeiter Adam Oei, Bronislaw Mawczyk und Stanislaus Dlawecinsky vor dem Landgericht zu verantworten. Die Angeklagten waren in Gröningen und Quedlinburg beschäftigt. Die wurde zu 3 Monaten, die beiden anderen Angeklagten zu je 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen des gleichen Vergehens erhielt die Arbeiterin Marianne Spemann zu 2 Monaten Gefängnis. Die Verurteilte hatte ihre Arbeitsstelle in Jilly verlassen, um in ihre Heimat zu fahren.

Halberstadt, 22. März. (Teuerungszulagen.) Nach amtlichen und privaten Feststellungen über die Steigerung der Lebensmittelpreise betrug die Summe, die für eine vierköpfige Familie zur Bestreitung des wöchentlichen Lebensunterhalts in Halberstadt im Monat Januar 1914 erforderlich war, 25,37 Mark. Die gleichen Feststellungen erheben für den Monat Januar 1915 die Summe von 24,78 Mark. Das ist gegenüber dem Monat Januar 1914 eine Steigerung um 4,41 Mark, die wöchentlich mehr für die Ernährung aufgewendet werden müssen. Vom Januar bis März d. J. hat jedoch noch eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise stattgefunden, so daß der wöchentliche Mehraufwand für eine vierköpfige Familie im März gegenüber dem Monat Januar 1914 über 7 Mark beträgt. Der Tatsache, daß die Lebensmittel enorm im Preise gestiegen sind, haben sich eine Anzahl von Betriebsinhabern nicht verschließen können. Sie haben in letzter Zeit ihren Arbeitern Teuerungszulagen gewährt. Von diesen Betrieben sind einige, die für den Bedarf der Heeresverwaltung liefern. Teuerungszulagen oder Kriegszulagen haben gewährt: die Lederfabrik Peter Kühne bis vor kurzem für Beheratete wöchentlich 3 Mark, für Ledige 1,50 Mark, die Firma Jahn für Beheratete 4 Mark, für Ledige 2 Mark. Wurfabrik Seine seit einigen Wochen für Beheratete 2 Mark, Ledige 1 Mark. Wurfabrik Penten für Beheratete 1 Mark, Jugendliche und Arbeiterinnen 50 Pfg. Die Organisation der Fleischer hat jetzt bei dieser Firma einen neuen Tarif abgeschlossen, bei dem die Erhöhung des Grundlohns von 2 bis 3 Mark pro Woche erfolgt ist. Daneben ist eine höhere Bezahlung der Ueberstunden und eine Verringerung der sonst üblichen Arbeitszeit erzielt worden. In der Wurfabrik von Walbeber ist der Lohn um 2 Mark erhöht worden. Teuerungszulagen haben ferner gewährt die Zunderfabrik von Heine pro Schicht 30 Pfg., wöchentlich 1,20 Mark. Holzhandlung von Brehme wöchentlich 2 Mark. Die Flugzeugwerke „Bristol“ haben 5 Prozent des bis jetzt verdienten Lohnes als Teuerungszulage gewährt. Die Spinnfabrik zählt monatlich 8 Mark. In der letzten geheimen Sitzung der Stadtverordneten ist den städtischen Arbeitern mit einem Einkommen bis 1000 Mark eine Teuerungszulage von wöchentlich 1,20 Mark bewilligt worden. In der letzten Kartellitzung ist beschlossen worden, daß die Gewerkschaften in allen Betrieben, wo es irgend angängig ist, um Gewährung von Teuerungszulagen ersuchen sollen. Die in Frage kommenden Unternehmer werden hoffentlich den angeführten Beispielen der anderen Unternehmer folgen. Verschiedene dieser Betriebe arbeiten für die Heeresverwaltung und erzielen dabei recht ansehnliche Gewinne, so daß ihnen die Gewährung einer Teuerungszulage wirklich kein so großes Opfer auferlegt. Von der Kennung dieser Betriebe wollen wir einweilen absehen, es aber nicht unterlassen, daß vor allen Dingen ein großer Betrieb der Metallbranche große Aufträge für die Heeresverwaltung hat und unserer Ansicht nach schon längst eine bessere Bezahlung seiner Arbeiter hätte vornehmen können.

Kropfenort, 22. März. (Öffentliche Versammlung.) In der am Sonntag nachmittag im Lokal „Lindenhof“ statt. Die Versammlung war von 400 Personen besucht. Unter den Besuchern befand sich erfreulicherweise eine recht beträchtliche Anzahl von Frauen. Auch eine Anzahl Landwirte und Gewerbetreibende zählten zu den Besuchern. Der zahlreiche Besuch der Versammlung zeigte, daß unter der Bevölkerung reges Interesse für die großen Fragen der Gegenwart vorhanden ist. Den großen, freundlichen Saal zu füllen hat aber auch mit dazu beigetragen, daß längere Zeit am Orte keine Versammlung abgehalten worden ist, weil auch hier am Orte vor dem Kriege der behaustliche Zustand zu verzeichnen war, daß den Arbeitern zur Abhaltung von Versammlungen kein Lokal zur Verfügung stand. Unsere Versammlungen haben beim schlimmsten Wetter unter freiem Himmel in den meisten Fällen abgehalten werden müssen. Diesen Zustand hätten wir aber trotz alledem weiter ertragen, wenn dadurch etwa die Möglichkeit gegeben war, daß damit der Krieg vermieden werden konnte und den Völkern die großen Opfer erspart geblieben wären. Mit diesem Hinweis fand der Referent den Beifall der Anwesenden. In seinen Ausführungen behandelte der Referent alle die großen finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen, deren Durchführung der Krieg erfordert hat und noch weiter erforderlich wird. Mit dem Hinweis, daß wir dasjenige, was uns allen zu tun haben, um bei diesem Kriege, dessen baldiges Ende alle schließlich wünschen, durchzuhalten, und daß wir dafür sorgen müssen, daß zum Segen der gesamten Menschheit ein dauernder Frieden abgeschlossen werden kann, schloß Genosse Brandes seine Ausführungen. Die Versammlung gab ihre Zustimmung mit dem Gehörten durch lebhaften Beifall zu erkennen. In der Diskussion wünschteste Herr Stammer Aufklärung über die Bestimmung der Gewinne der Seereslieferanten und über die Beschränkung der Protrationen. Bezüglich der ersten Frage bezweifelte er die wirksame Durchsührung und überhaupt die Möglichkeit der Besteuerung. Der Referent gab zufriedenstellende Antworten. Der Versammlungsleiter, Genosse Weber, schloß die Versammlung mit dem Wunsch, daß auch nach dem Kriege Versammlungen von uns in diesem Saale abgehalten werden können und nicht etwa wieder die alten bedauerlichen Verhältnisse in dieser und mancher anderer Beziehung Platz greifen werden.

(Kein Mangel an Kartoffeln.) Im Kreise Jerchow 1 sind an Kartoffelvorräten 670 907 Zentner festgesetzt worden. In Burg waren 25 400 Zentner vorhanden. Die Einwohnerzahl des Kreises beträgt 80 000, es fallen somit auf den Kopf der Bevölkerung 8,30 Zentner. Leider sind aber die Menschen nicht allein Kartoffelverzehrer. Da die eingemieteten Vorräte auch nur schätzungsweise angegeben sind, so ist wohl anzunehmen, daß die Vorräte noch größer sind. Trotzdem also von einer Kartoffelmangel nicht zu reden ist, sind Kartoffeln nur als Saatkartoffeln zu erlangen.

Diese Lücke in den Kartoffelpreisen wird der ärmere Bevölkerung wieder teuer. Der Vaterländische Frauenverein veranstaltet Kriegskostgabeln. Es sollen an dem ersten Abend Kartoffelgerichte hergestellt werden; z. B. Kartoffelsalat, Fertigungs-, Schinken- und Käsekartoffeln. Auch den Arbeiterfrauen, die Zeit haben, sei die Teilnahme empfohlen. Vielleicht erfahren sie bei dieser Gelegenheit auch, wie man die Materialien im Arbeiterhaushalt beschafft.

Wahlkreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 22. März. (Aus der Stadtverordneten-Sitzung vom 18. März.) Wie wir schon berichtet haben, erhöhte die Sitzung den Satz für die Armenluppen von 16 1/2 auf 18 Pfennig. Der Antrag unserer Gewerbetreibenden und Schwab, den Satz auf 20 Pfennig festzusetzen, wurde abgelehnt. Gegen die Ansicht, daß 18 Pfennig ausreichend seien, kann doch manches angeführt werden. Für die Polizeigeorgenen werden pro Tag 75 Pf. an Kosten für Nahrung gerechnet. Sie erhalten morgens Kaffee, 1 Pfund Brot und abends Suppe. Bezieht man den Kaffee mit 3 Pf., die Abendsuppe mit 10 Pf. und legt den jetzt verhältnismäßigen Preis mit 18 Pf. ein, so verbleiben für das Mittagessen noch 44 Pf. Wenn für den nicht arbeitenden Gefangenen ein Mittagessen erst für 40 Pf. (die Kosten der Zubereitung mit 4 Pf. abgerechnet) hergestellt werden kann, so gestalten wir uns, an dem Nährwert der Armenluppen, die doch noch ein Mittag für die Bedürftigen sein sollen, Zweifel zu hegen. Bei einem Satz von mindestens 30 Pf. müßte es schon eher möglich sein, ein Mittagessen zu verabfolgen, das den Menschen erhält. Nach dem von der Regierung gestellten Anforderungen sollen für den Kopf der Bevölkerung 15 Mark für Beschaffung von Fleisch-Dauerware ausgegeben werden. Die Magistratsrat der Städte haben sich an die Regierung gewandt, um eine Milderung dieser Bestimmungen zu erreichen, bisher vergeblich. Die Regierung will durch die zwangsweise Aufgabe der Beschaffung von Dauerwaren erreichen, daß die jetzt noch reichlich vorhandenen Schweine abgeschlachtet werden, damit dieser Mangel im Kartoffelverbrauch beseitigt werde. Würden die Regierungsbestimmungen genaue Anwendung finden, so wäre seitens der Stadt ein Betrag von 361 000 Mark aufzuwenden. Nach dem von der Stadt angestellten Ermittlungen seien bedeutende Vorräte an Dauerware im Stadtgebiet vorhanden, so daß nur etwa 275 Zentner fehlen. Es erweise deshalb der schon früher bewilligte Betrag von 30 000 Mark ausreichend. In der folgenden Aussprache wird von den meisten Rednern bedauert, daß von der Regierung nicht andre Maßnahmen getroffen seien, die die Kartoffelvorräte der menschlichen Ernährung sichern. Beschlossen wird, die vom Finanzausschuß beantragten 50 000 Mark bereitzustellen. Die Verhinderung der Kriegsteilnehmer beschäftigte schon die Sitzung vom 25. Februar. Auch heute konnte ein Beschluß, der die Angelegenheit endgültig regelt, nicht herbeigeführt werden. Die von verschiedenen Rednern gegebenen Anregungen wurden dem Magistrat und dem Ausschuss als Grundlage für eine neu auszuarbeitende Vorlage überwiesen. Bei dieser Aussprache wurde noch zur Kenntnis gebracht, daß von den in Burg wohnhaft gemeldeten Kriegsteilnehmern bereits 51 diesem kriegs-toten Kriege zum Opfer gefallen seien. Aus Stiftungsmitteln hat die Stadt 130 000 Mark zur zweiten Kriegsanleihe gezeichnet. Zum Schluß bringt Genosse Anders zu Sprache, daß eine in Aussicht gestellte Verbilligung der Brotpreise noch nicht eingetreten sei, auch hätten sich bei der Kartoffelversorgung der Bürger Schwierigkeiten im Hinblick auf die Verbilligung ereignet. Die Kreisverbände auf dem Kartoffelmarkt müßten durch Maßnahmen der Stadt eingedämmt werden. Genosse Reimelt fordert Vertrieb und Versorgung durch die Stadt. Stadtrat Friedrich erklärt die Anregung im Magistrat vorzutragen zu wollen.

Wahlkreis Halbe-Birscherleben.

Birscherleben, 22. März. (Das Weißgebäck) kann vom 22. März an täglich wieder gekauft werden. Die Abgabe darf jedoch nicht unkontrolliert erfolgen. Es ist deshalb eine weitere Brotbuch-

einheit zugelassen mit 1920 Gramm für Semmelgebäck. Es kann jedoch auch eine halbe Einheit mit 810 Gramm = 14 Semmeln zu je 65 Gramm benutzt werden. Was an Semmeln entnommen wird, ist an der Brotmenge zu kürzen. In Fällen, in denen die Abnahme der Semmeln nach und nach erfolgen soll, darf der Bäcker an Stelle der Semmeln einen mit feinem Stempel versehenen Gutschein ausgeben. Die Abnahme des Brotbuchs geschieht dann mit Abgabe des Gutscheins, während die Abgabe der Semmeln ohne besondere Buchung erfolgt.

(Die Bestandsaufnahme) über die in der Stadt befindliche Dauerware ergab das Vorhandensein von etwa 2000 Zentnern. Außerdem sind 32 000 Zentner Kartoffeln vorhanden. Die am 15. März vorgenommene Zählung der Schweine ergab in 870 wohnsitzigen Haushaltungen einen Bestand von 1585 Stück. Am 2. Juni 1914 waren in 1142 Haushaltungen 2232 Schweine vorhanden.

(Die Zeichnungen zur Kriegsanleihe) haben in unserer Stadt über 5 Millionen Mark ergeben. Auf die erste Kriegsanleihe wurden 1 662 000 Mark gezeichnet.

Schönebeck, 21. März. (Das Gewerkschaftsartikel) hielt am 18. März eine Sitzung ab. Des im Kriege gefallenen Delegierten Westhof wurde gedacht. Bezirkssekretär Berling hielt einen Vortrag über „Soziale Kriegsvorfälle“. Dann wurde über die Auslastung der Betriebe am Orte verhandelt. Der Genosse Koppen muß zum Militär und Zentheil dürfte ihm bald folgen. Der Genosse Berling erklärt sich bereit, unter Zustimmung des Bezirksartikels, 1 oder 2 Tage in der Woche nach hier zu kommen, um die Auslastung zu regeln. Als Lokal ist das Fabrikarbeiter-Bureau in Aussicht genommen. Die Kosten trägt das Material. Für Koppen wird Ledebert als Schriftführer gewählt, für Zentheilmann Juff als Revisor gewählt. Anwesend waren 19 Delegierte, vier fehlten mitschuldig und sechs entschuldigend.

Thale, 22. März. (Zur Beachtung für Kriegsfamilien.) Die Volkshilfe ist eine Einrichtung der Gemeinde, deren Wohltat in erster Linie den Kriegsfamilien zugute kommen soll. Nun haben sich in letzter Zeit infolge der hohen Kartoffel- und Fleischpreise auch andre Familien dies zuzunehmen gemacht und beziehen das Essen auch aus der Volkshilfe, so daß jetzt bis zu 700 Portionen ausgegeben werden und schon öfter Kriegsveteranen kein Essen erhalten konnten. Die Angelegenheit kam in der letzten Sitzung des Kriegsausschusses zur Sprache. Es soll hierauf bei Einführung der Suppenkarten eine Legimitation vorgelegt werden, die natürlich auch an Kranke und Arbeitslose abgegeben wird. Es wird dann gerechnet, daß in nächster Zeit über 1000 Portionen abgegeben werden müssen, aber trotzdem soll die Volkshilfe durchgehalten werden. Eine größere Anzahl Extra-Unterstützungsanträge wurde im Sinne der Antragsteller angenommen, einige jedoch abgelehnt, weil die Bedürftigkeit nicht anerkannt wurde. Ein Mitglied stellte den Antrag, hilfsbedürftigen Konfirmanten, deren Väter im Felde stehen, je 10 Mark Weisheit zu gewähren. Dieser Antrag wurde angenommen und soll der Gemeindevertretung zur Genehmigung vorgelegt werden.

Bereine und Versammlungen.

Böttcher.

In der am 16. März bei Lauben abgehaltenen Mitgliederversammlung teilte der Vorsitzende die Gründe mit, die dazu geführt haben, die aus der Lokalkasse gewährten Unterstühtungen an die Familien der zum Heeresdienst imberufenen Mitglieder herabzusetzen. Um aber auch noch diese Unterstühtungen weiterzahlen zu können und den nach Beendigung des Krieges heimkehrenden Mitgliedern, von denen, wie zu erwarten steht, ein großer Teil arbeitslos bleiben wird, den festgesetzten Zuschuß aus der Lokalkasse zahlen zu können, ist es notwendig gewesen, den Beitrag weiter pro Woche um 25 Pfennig zu erhöhen. Wenn auch manchem die Erhöhung bei diesen teuren Lebensmittelpreisen recht schwer-

fallen wird, so erwartet er doch, daß sich jeder dem mit großer Majorität gefaßten Beschluß fügt. Hieraus sprach Bevandsvorstand Herr Wittenmann über „Der Verband während der Kriegszeit“. Die von Hauptvorstand und Ausschuss getroffenen Maßnahmen wurden von der Versammlung genehmigt.

Vereins-Kalender.

Olvenstedt. Zuschussklasse für Handwerker und Arbeiter. Montag abend 8 Uhr Generalversammlung bei Frohme.

Wettervorhersage.

Dienstag den 23. März: Heiter, trocken, tagsüber warm.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 20. März. Todesfälle: Auguste geb. Berger, Ehefrau des Arbeiters Friedrich Mecke, 76 J. 9 M. 15 T. Maurer August Beder, 67 J. 5 M. 27 T. Chemiker Bruno Leuber, 47 J. 4 M. 4 T. Elise, T. des Arbeiters Hermann Simon, 12 J. 3 M. 8 T. Hildegard, T. des Massenboten Joseph Ballon, 8 J. 6 M. 22 T. Verla, T. des Stängeltrenners Joseph Brodick, 1 T.

Neustadt, 20. März. Todesfälle: Ehefrau des Kompanie-Estar Richter, Marie geb. Vofse, 51 J. Brauer-Invalide Georg Loskarn, 64 J. Kriegsfrei, im Inf.-Regt. 26 Arbeiter Hermann Babel, 20 J. Kriegsfrei, im Inf.-Regt. 26 Maschinenbauschüler Ernst Wolff, 19 J.

Buckau, 20. März. Todesfall: Heizer d. Ref. 3. Komp. 1. Wert-Div. Schlosser Paul Kubiat, 25 J. 11 M. 24 T.

Endenburg, 20. März. Todesfälle: Albert Mensdorf, 76 J. 7 M. 15 T. Emma, T. des Schlossers Hermann Hesse, 1 J. 9 M. 26 T. Gottlieb Trösch, früherer Drechslermeister, 72 J. 9 T. Postamtsvorsteher a. D. Benno Schrader, 69 J. 5 M. 5 T. Witwe Katharina Rohde geb. Haufe, 69 J. 9 M. 22 T.

Rothensee, 20. März. Todesfälle: Emma Wilsch geb. Gabriel, Ehefrau des Maurers Wilhelm Wilsch, 27 J.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Grosse Eckstein

2

beste Pfg. Zigarette

TRUSTFREI

AM Eckstein & Söhne Dresden.

Konsumverein für Magdeburg u. Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Die Auszahlung der Rückvergütung erfolgt gegen Vorlegung des Mitgliedsbuchs am **Mittwoch den 24. und Donnerstag den 25. März** in demjenigen Lager, in dem die Gegenmarken eingereicht sind. — Die Zeit der Auszahlung ist durch Ausschlag in jedem Lager angegeben. Der Vorstand.

Zur Konfirmation

empfehlen wir unser reichhaltiges Lager von 5107

Mosel-, Rhein-, Bordeaux-, Süd- und Schaumweinen
Frucht-Weinen, Frucht-Limonaden u. Spirituosen aller Art.

VOGEL & Co G. m. b. H.

Sprit- u. Likörfabrik, Fruchtsaft-Presserei, Weinhandlung
Gegründet 1840. — Fernruf 2408.

Einzelverkauf im Kontor Braunschweigstrasse 2.

Trauerjacken

werden in kürzester Zeit gefärbt

Färberei Dittlow

Schwibbogen 1. Fernruf 4019.
Kronprinzenstr. Ecke Bahnhofstr.
Hasselbachpl., Ecke Lauengießerstr.
Eisenburger Str. 2a. n. Rollengießerstr.
Neustadt, Südböcker Str. 25a

3 Jakobstraße 3

Sorgers Gelegenheitskauf.

Große Particyposten **Anzüge** spottbillig.

Herren-Anzüge 12.50
Starke Arbeitsshoes 3.28
Stoffhosen, md. Str. 3.45
zum Aussuchen.

Wer billig und gut kaufen will, komme jetzt zu **Sorgers** hin, 3100
3 Jakobstraße 3

Wichtig für Militärpflichtige

Der treue Kamerad.
Ein Führer durch das Kasernenleben für Arbeiterkinder.

Preis 70 Pfg.

Zu beziehen durch die Buchhandlungen u. deren Stolportreue

Stadttheater

Dienstag den 23. März
Anfang 7 Uhr.

Der Trompeter von Säckingen.
Militärarten haben Gültigkeit.
— Ende 10 1/2 Uhr. —
Mittwoch den 24. März
Stein unter Steinen.
Militärarten haben Gültigkeit.

ZENTRAL THEATER

Beispielloser sensationeller Erfolg!

Der Juxbaron.

Sonntag 3 1/2 Uhr:
Letzte Aufführung!

Immer feste druff

verbunden mit letztmaliger Verteilung des Gedenkums = Albums.

Bekanntmachung.

Die diesseitige Bekanntmachung vom 27. November 1914 betreffend das Verbot der Auszahlung von Goldgeld an Ausländer wird dahin geändert:
Die Auszahlung von Goldgeld an im Inland angelegte Ausländer (Arbeiter usw.) ist verboten.
Zwischenhandlungen werden, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsfrage bedingen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft (§ 9 des Gesetzes über den Gefängniszustand).
Gesuche um Befreiung von dem Verbot, die nur im Falle besonderer Notwendigkeit berücksichtigt werden können, sind dem stellvertretenden Generalkommandanten in Magdeburg zu richten.

Der stellvertretende kommandierende General
Fehr v. Lander, à la suite des Infanterie-Bataillons Nr. 2.

Modenzeitungs-Zentrale

-Schritt-muster

ermöglichen jeder Dame, sich schick, mod. und billig zu kleiden.

neue Frühjahrs-Moden.

Lager- und Maßschneide.

Jenny Schoof geb. Eisentraut,
Buch- und Zeitschriftenhandlung,
Schwibbogen 2, 1. Etage.

Arbeitsmarkt

1 tüchtiger Schlosser

wird sofort gesucht. 3477

Emil Lewy, Bahnhofstraße 1.

1 verheirateter Kutscher

sofort gesucht. 3476

Blume & König, Bau-geschäft, Am Fuchsberg 8b.

Damengarderobe

früher Breitenweg 25
jetzt Beaumontstraße 17, 2 Tr.

Kanarienneckekäfig

mit Einzelheute zu kaufen gesucht. Preis sowie Anzahl der Abteile erbeten. H. Gorges,
Thale, Steinbrücksweg, 400

Wilhelm-Theater

Dienstag den 23. März
Doppelgastspiel Matthias Meyers und Elise Weißbach.
Ein Walzertraum.

Mittwoch den 24. März
Gold gab ich für Eisen.

Donnerstag den 24. März
Gastspiel Matthias Meyers
Der Graf von Luxemburg

Freitag den 25. März
Die Förster-Christl.

Sonabend den 26. März
Gastspiel Matthias Meyers
Die Fledermaus.

Sonntag den 27. März, nachm.
Die Förster-Christl.
Abend
Der Graf von Luxemburg.

Montag den 28. März
Zum erstenmal!
Endlich allein.
Große Operette von Fr. Lehár.
Beachtenswertes Werk der Neuzeit.
Abend für Paul Stampa.

Konfirmationskarten

empf. Buchhlg. Volkstimme.

Fürstenhof-Theater

Eing. Prälatenfir.
Zum erstenmal
Neu! Neu!
Frau Venus
Hochzeitsreise
spannende Episode
aus der Ehe einer
schönen Frau.
Neuer glänzender Spe-
zialität. Spielplan
Alle Vorzugst. gelt.

Realgymnasium in Magdeburg.

Die Aufnahmeprüfung findet **nicht** am 27., sondern am **Mittwoch den 24. März**, nachmittags 3 Uhr, statt.

Der Direktor.
5302

Heinrich Vaternacht, Uhrmacher,
Wilhelmstadt, Gr. Biesdorfer Str. 218, Ecke Annastr.
empfiehlt

Konfirmationsgeschenke

Uhren, Ketten

Verlobungsringe, Schmucksachen

in großer Auswahl zu den billigsten Preisen.

Reparaturen

an Uhren u. Schmucksachen gut und preiswert.

Schulkinder

haben zuweilen Kopf-illuzieleser

Haar-Element

wirkt radikal, entfernt die lästigen Schuppen, befördert vorzüglich den Haarwuchs, a. H. 50 Pf. Zu haben in allen besten Drogerien.

Strümpfe

Sängen, Soden, eign. Fabrikation.
Intriden gerag. Strümpfe
billig. Strümpfe in allen
Größen. Pabst, Fetzehemmen-
straße 9, dicht am Alten Markt.

Schulbücher

Zaubers
hienig
kauft **Bernhard Schulze**,
Wilhelmstraße, Ecke Kaiserstr.

Kartoffelacker

zu verpachten Gartenstadt-
Kolonie „Reform“. Näh.
bei **Otto Müller** Babelsberg. 5303

Ein älterer Kutscher

bei leichterem Pferde gesucht
3457 Neustadt, Weinberg 28.

Neuhaldensleben

1 Schuhmachergeselle

für sofort gesucht. 5289

E. Sties, Bültringer Str. 9

Wir suchen einen ordentlichen
Arbeitsmann
bei hohem Lohn. Persönliche
Meldung in unfr. Kontor Gwerder-
straße 4. Fleck & Ehrenfeld.

2 tüchtige Zuschläger

für unsere Schmiede gesucht.

Herm. Laab & Co.
3471
Magdeburg-Neustadt.

Bierpalast

39 Breitenweg 39
Täglich

KONZERT

5149 **Andreas Berg.**

Das neue Blanks Moden-Album

(nur 60 Pf.) ist erschienen, voll wunderbar kleidsamer
Neuheiten: ca. 700 Modelle. **Jenny Schoof** geb. Eisen-
traut, Schwibbogen 2, i. Et.

Stephanshallen

Direktion **Rich. Froberz**

Täglich abends 8 Uhr:
Der erste Zeit ent-
sprechende Vorträge.
Vorleger dieser Annonce hat
außer Sonnabend u. Sonn-
tag freien Eintritt.